

# BLICKPUNKT ZUKUNFT

BLICKPUNKT ZUKUNFT

Zeitschrift mit Beiträgen und Zeitdokumenten  
zur Zukunfts- und Friedensdiskussion

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

WISSENSCHAFT IN DER VERANTWORTUNG

**VDW** VEREINIGUNG DEUTSCHER  
WISSENSCHAFTLER E.V.

VERANTWORTUNG IN DER WISSENSCHAFT  
VERANTWORTUNG IN DER WISSENSCHAFT

Herausgeber: Werner Mittelstaedt und die  
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler – VDW e.V.

ISSN 0720-6194

Bei Einzelbestellung:  
6,- Euro / US-\$ 9,-

Redaktion:  
BLICKPUNKT ZUKUNFT  
Werner Mittelstaedt  
Ecksteins Hof 50  
D-45721 Haltern am See

E-Mail:  
werner.mittelstaedt-gzs@t-online.de

Ausgabe 1 – 59 als Volltext im Internet!  
**WWW.BLICKPUNKT-ZUKUNFT.COM**

Gegründet 1980 von Werner Mittelstaedt

VIEWPOINT FUTURE

Ausgabe 59 · Dezember 2013 · 33. Jahrgang

## Editorial

Wer hätte vor 15 Jahren gedacht, dass der Whistleblower Preis der VDW und der IALANA (2013 erstmals gemeinsam mit Transparency International) einmal eine so große Medienaufmerksamkeit und ein so starkes öffentliches Interesse finden. Gezeigt hat dies die beeindruckende Verleihung des Whistleblower Preises 2013 vom 30. August, mit der wir Edward J. Snowden aktiv unterstützt haben. Edward J. Snowden hatte den Mut, auf die skandalöse und zutiefst undemokratische, menschenrechtsverletzende Ausspähungen durch den NSA auf spektakuläre Art aufmerksam zu machen. Übrigens bekam im Jahr 2011 Bradley (Chelsea) Manning, damals noch unter dem Pseudonym „Anonymus“, den Whistleblower Preis der VDW und der IALANA. Bradley (Chelsea) Manning, alias „Anonymus“ hat das Video „Collateral Murder“ via Wikileaks publik gemacht hat. Das Video dokumentiert ein von US-Soldaten im Irak verübtes Kriegsverbrechen (siehe auch BLICKPUNKT ZUKUNFT Ausgabe 55).

Wir werden die Aktivitäten gegen die Ausspäh-Aktionen durch den NSA und anderer Geheimdienste fortsetzen. Dafür sammeln wir Unterschriften für die Berliner Erklärung. Sie finden sie in dieser Ausgabe in den VDW-Informationen. Diese wollen wir an die neue Bundesregierung übergeben und uns dabei für eine Enquetekommission einsetzen, die sich intensiv mit den technologischen Entwicklungen und den damit verbundenen neuartigen Überwachungs- und Ausspähmöglichkeiten beschäftigen soll. Es gilt, Demokratie, Frieden und Freiheit zu verteidigen.

Demokratie, Frieden, Freiheit und Nachhaltigkeit, diese sind für uns wichtige Grundlagen einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Viele Aktivitäten der VDW beschäftigen sich mit diesen überlebenswichtigen Fragen seit vielen Jahren. Ganz aktuell auf der Konferenz „Nachhaltigkeit – Verantwortung für eine begrenzte Welt“, vom 22. Bis zum 24. November 2013 in Göttingen.

Am 6. Dezember 2013 findet in Arnoldhain – vor einer hochinteressanten Fachtagung zur Friedens- und Konfliktproblematik – die VDW-Mitgliederversammlung 2013 statt. Sie sind herzlich willkommen. Ein aktives und zugleich sehr intensives Jahr werden wir Revue passieren lassen. Darüber hinaus werden viele neue Überlegungen für das Jahr 2014 präsentiert.

In dieser BLICKPUNKT ZUKUNFT-Ausgabe und in den VDW-Informationen finden Sie interessante Beiträge zur Zukunfts- und Friedensdiskussion. Sie behandeln u. a. Themenkomplexe wie „Afghanistan“ (Braun, Karch), „Gerechtigkeit“ (Weiler) und „Nachhaltigkeit“ (Ammer) und last but not least ein Interview mit dem Vorsitzenden der VDW Ulrich Bartosch. Darüber hinaus finden Sie Buchempfehlungen und weitere lesenswerte Beiträge in dieser Ausgabe. Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Reiner Braun / Werner Mittelstaedt

### Die Themen:

#### **Afghanistan – Ein Schrei nach Frieden**

von Reiner Braun und Kristine Karch

---

#### **Der Anachronismus (noch) ungleicher Gerechtigkeit**

von Hagen Weiler

---

#### **Nachhaltigkeit – Modewort oder Überlebenskonzept?**

von Christian Ammer

---

#### **Als farbige Einlage: VDW-Informationen**

---

### Bücher:

#### Uwe Schneidewind, Mandy Singer-Brodowski **Transformative Wissenschaft**

---

Werner Mittelstaedt

**SMALL**

---

Stephan Albrecht, Reiner Braun, Zoe Heuschkel,  
Francesco Marí, Julia Pippig (Hrsg.)

#### **Future of Food**

---

#### **Zukunftslandkarten als Navigationsinstrument**

von Thomas Strobel

---

### Impressum

---

#### **Globaler Erdüberlastungstag**

---

#### **VDW – auf dem Weg in das Jahr 2014**

Interview mit dem Vorsitzenden  
der VDW Ulrich Bartosch

# Afghanistan – Ein Schrei nach Frieden

## Impressionen einer Reise

### von Reiner Braun und Kristine Karch

Wir haben es gewagt (trotz vieler Warnungen) und besuchten vom 16.05. bis 23.05.2013 Kabul.

Wir:

Reiner Braun, Geschäftsführer der IALANA  
Christine Hoffmann, Generalsekretärin von pax christi  
Otto Jäckel, Vorsitzender der IALANA  
Wahida Kabir, Kommission für Frieden und Freiheit in Afghanistan  
Kristine Karch, Mitglied im Koordinierungskreis des deutsch-afghanischen Friedensnetzwerkes  
Karim Popal, deutsch-afghanischer Anwalt, der die Opfer des Luftangriffs auf Kundus vor Gericht vertritt und  
Farida Seleman, Afghanischer Kulturverein Freiburg

Wir kennen uns seit einigen Jahren aus gemeinsamen Aktivitäten für den Frieden und aus Protesten gegen die Stationierung der Nato Truppen in Afghanistan.

Wir landeten in einer Stadt des Krieges, freie Bewegung oder gar „sight seeing“ in einer vom Krieg zerstörten und vom Terror regierten Stadt sind nicht möglich. Die Autos wurden zum wichtigsten Fortbewegungsmittel und waren die Grundlage einer ambivalenten Sicherheit. Die Umsicht unserer Fahrer war unsere wichtigste „Sicherheitsgarantie“. Ein wohlbehüteter Ausflug in die Umgebung von Kabul nach Pahgman vervollständigt das Bild der allgemeinen Unsicherheit.

Kabul, eine Stadt mit fast 7 Millionen Einwohnern ist eine in tausende kleine Einheiten geteilte militärische Festung, in der jedes öffentliche Gebäude und jeder Straßenzug ein von Militär und Polizei bewachter Komplex ist. Die Angst vor Anschlägen ist allgegenwärtig: Anschläge der Taliban, militärische Aktionen (und Aggressionen) der NATO-Truppen sowie kriegerisches Handeln und Gewalt der afghanischen Soldaten und Polizisten gegen die eigene Bevölkerung und insbesondere gegen Frauen. Eine tiefe Verunsicherung beherrscht die Atmosphäre in einer Stadt, die nie für diese Masse von Menschen gebaut wurde. Die sanitären Verhältnisse, das Straßennetz und die Wasserversorgung sind in einem katastrophalen Zustand, das Gesundheitssystem armselig, 120.000 Bettler streunen durch die Stadt auf der Suche nach Nahrung, Flüchtlinge suchen verzweifelt eine Bleibe. Die Flüchtlingscamps sind kaum zu beschreibende Slums und die Arbeitslosigkeit von bis zu 80% bei den Jugendlichen prägen das Bild einer ganz jungen Gesellschaft. Der Eindruck permanenter Gewalt wollte bei uns nicht weichen. Stacheldraht ist allgegenwärtig, auch auf den traditionellen Mauern um die Häuser.

Das Gegenteil dieser Realität war unser „Guesthouse“. Zentral aber dennoch abgelegen, wohl geschützt in einer Seitenstraße gelegen, war es der Kleinod, die Erholung, und Platz der Diskussion für uns. Hier erfuhren wir, was traditionelle afghanische Gastfreundschaft bedeutet.

Die Tage waren voll mit Gesprächen. „Fact finding für den Frieden“ war unser Ziel, lernen und zuhören hatten wir uns als primäre Aufgabe gestellt.

Während unseres Besuches haben wir uns mit folgenden Organisationen und Institutionen getroffen:

- afghanische zivilgesellschaftliche Organisationen und Nichtregierungsorganisationen,
- Vertretern der Regierung
- Vertretern der islamischen und säkularen Opposition,
- Vertretern der Taliban,
- Repräsentanten verschiedener Wissenschaftsvereinigungen sowie

- dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Afghanistan.

Ein fest vereinbartes Gespräch mit Staatspräsident Karsai konnte wegen seines um zwei Tage verlängerten Indienbesuches nicht stattfinden. Ein Staatsbesuch, der in unseren Medien kaum Aufmerksamkeit gefunden hat, für die zukünftige afghanische (Sicherheits-)Politik aber von immenser Bedeutung war. Hier wurde auch über militärische Kooperationen verhandelt.

Ein umfassender, pluralistischer und vielfältiger Dialog mit den unterschiedlichsten sozialen und gesellschaftlichen Kräften war in einer Woche kaum möglich. Wir sind uns bewusst, dass auch wir nur einen Teil gesehen und gehört haben, und dass zu einem vollständigeren Blick ein längerer Aufenthalt notwendig gewesen wäre. Unsere afghanischen Kolleginnen und Kollegen (besonders Wahida Kabir und Karim Popal) haben unter Nutzung vielfältiger Verbindungen ein fast überdimensioniertes Programm auf die Beine gestellt. Dabei musste immer die Situation einer Stadt im Krieg, die Zerstörung der Infrastruktur und die Sicherheitslage berücksichtigt werden. Wir waren am Abend von den vielen Begegnungen zerschlagen, voller neuer Informationen und oft auch emotional sehr betroffen und mitgenommen.

Wir möchten den Leserinnen und Lesern einen Überblick über unsere Gesprächspartner/innen geben. Diese werden im Folgenden in Stichworten und zufälliger zeitlicher Reihenfolge der Gespräche aufgeführt.

1. Ansefa Koka, Richterin am obersten Gericht Afghanistan (18.05. 12:00)
2. Professoren der Salem Universität und Council (18.05. 14:30)
3. Afghanische islamische medizinische Gesellschaft (18.05. 18:00)
4. Faruq Azam, Geistlicher mit Gesprächskontakten zu allen Seiten (Mediator) (19.05. 10:00)
5. Gespräch mit der (Wissenschaftler) Reformvereinigung (19.05.)
6. Verein für die Rechte der politischen Gefangenen (19.05. 18:00)
7. Nationale Einheitsfront gegen die Stationierung fremder Truppen nach 2014 (20.05. 11:30)
8. Solidaritätspartei (20.05. 13:00)
9. Wahil-Ahmad Mutawakal, ehemaliger Außenminister der Taliban (20.05. 16:00)
10. Dachorganisation der Zivilgesellschaft Afghanistan (20.05. 18:00)
11. Botschafter der Bundesrepublik Deutschland (21.05 15:30)
12. Mullah Saeef, Pressesprecher der Taliban Regierung von 2001 (22.05 11:00)
13. Gespräch mit Medica Afghanistan ( 22.05. 12:30)
14. Gespräch mit Afghanistan Analyst Network
15. Gespräch mit Professorinnen und Professoren der schiitischen Universität
16. Center for Strategic and Regional Studies
17. Auswärtiges Amt der Islamischen Republik Afghanistan
18. Minister im Präsidialamt

Wir haben keine Kommunikés der Gespräche verfasst und keine Zusammenfassung zur Diskussion gestellt. Von daher sind die folgenden Bewertungen nur unsere. Sie stehen zur Diskussion und sollen durchaus zum Meinungsstreit anregen.

Die Afghanen/innen sind zutiefst müde vom Krieg, sie sind des Krieges abgrundtief überdrüssig. Diese Müdigkeit bezieht sich im Wesentlichen auf vier zentrale Punkte:

1. Die permanente Fremdbestimmtheit, die durch die fremden Truppen (aus 34 Nationen) ausgelöst wird. Sie können nicht über sich, ihre Zukunft und die politische Entwicklung entscheiden, stattdessen wird für sie entschieden. Alle wesentlichen Entscheidungen werden durch die Besatzungstruppen und die von ihr abhängigen Regierung gefällt. Diese sind die Herren im Lande und jede/r Kabuler/in sieht und erlebt es täglich.

2. Die tägliche und nächtliche Gewalt, die im wesentlichen Zivilisten trifft. Sind es am Tag die Anschläge der Taliban (aber auch die selbstherrliche Brutalität besonders der US-Truppen), sind es in der Nacht Armee und Polizei des Regimes, die die Menschen terrorisieren und im Besonderen permanent Gewalt gegen Frauen ausüben. Dazwischen die Besatzungssoldaten und die vielfältigen Kriegseinsätze. Es gab kein Gespräch, in dem nicht über Angriffe auf Hochzeiten, Schulkinder, Unbeteiligte, Bauern etc. durch die NATO-Truppen berichtet wurde. Keine Familie, die nicht persönlich Opfer durch die Besatzer zu beklagen hat. Unbeschreiblich sind auch die Berichte über die Folterungen und permanenten Misshandlungen.

3. Die Menschen sind der sich immer wiederholenden Versprechungen der Besatzer und der Regierung, die im totalen Widerspruch zum tagtäglich erlebten erbärmlichen Leben stehen. Selbst minimale Verbesserungen, z. B. der Frauenrechte und der Bildung (zumindest in Kabul) werden hinterfragt: Kann das das Ergebnis von 12 Jahren Krieg und über 400 Milliarden US Dollar Ausgaben sein? Einen Überblick über die nach wie vor katastrophalen Lebensbedingungen der Menschen gibt der Human Development Index, veröffentlicht im März 2013, basierend auf den Zahlen von 2005 bis 2012. Bei dieser UN Untersuchung befindet sich Afghanistan auf dem 175. Platz von 187 untersuchten Ländern. Verschärft wird die Aussage des Berichtes noch dadurch, dass Afghanistan gegenüber dem vorherigen Bericht um 3 Plätze nach hinten gerutscht ist. Was wurde dem Land nicht alles versprochen: die Schweiz Asiens, Wasser, Schulen, Investitionen, etc. Diese Lügen machen müde, aber auch unheimlich wütend.

4. Die kaum vorstellbare Korruption. Korruption hat es in diesem Land, wie auch in vielen anderen der Welt, immer gegeben. Es handelt sich um eine „institutionelle Korruption“, in der die Institutionen von oben nach unten korrumpiert werden (mit Milliarden Steuergeldern aus den NATO Ländern) und die Institutionen selbst weiter korrumpieren, bis am Ende jede/r Einzelne sich seinen „Buckschisch“ organisiert hat. Der Fisch, der am Kopf zu stinken anfängt, ist die NATO und hier besonders die USA. Der Kriegsverbrecher Dostum erhält laut New York Times pro Monat 100.000 Dollar von der CIA. Die CIA schleppt über Jahre Koffer voller Geld in den Präsidentenpalast. Die Liste ließe sich seitenlang fortsetzen, bis zum Polizisten, der das angehaltene Auto erst weiterfahren lässt, wenn in dem zu kontrollierenden Dokument ein Geldschein liegt. Die Korruption macht auch nicht vor den Parlamentarier/innen halt, die oft ihre Stimme von entsprechenden Zahlungen abhängig machen.

Frauen sind nach wie vor besonders Betroffen, sie sind oft „Freiwild“. Die Rate der Vergewaltigungen in den Familien und der Gesellschaft ist unbeschreiblich hoch. Häufig wird den Frauen die Schuld als „moralisches Verbrechen“ selbst zugeschoben (siehe u.a. den aktuellen Bericht von Human Rights Watch). Im Gefängnis ist die Behandlung der Frauen besonders erniedrigend. Wenn die Intervention

jemals für Frauenrechte geführt worden wäre, hätte die NATO nach 12 Jahren vollständig versagt.

Neben dieser Müdigkeit gibt es aber auch eine zunehmende Politisierung. Es wird nicht nur geschimpft und geklagt, sondern ebenfalls über Lösungen und Auswege diskutiert, ja philosophiert. Es ist Tagesgespräch. Gerade jetzt vor dem für vieles wegweisenden Jahr 2014 gewinnen diese Debatten eine neue Dimension. Das können wir nur für „Kabul“ sagen, das kann und mag in der Provinz noch ganz anders sein.

Viele sehen ein „window of opportunity“ – wie lange und wie offen das Fenster ist, ist Bestandteil der Diskussionen.

Welche Kernpunkte einer möglichen Lösung hin zu einem Frieden kristallisieren sich heraus oder vorsichtiger gesagt: Was haben wir von Afghanistan mitgebracht?

Es kann nur eine afghanische Lösung geben. Diese ist das absolute Muss und wurde von keinem unserer afghanischen Gesprächspartner infrage gestellt. Diese hat Voraussetzungen und Bedingungen, sowie politische Konsequenzen. Wiederholt wurde auf die 4.000-jährige Geschichte des Landes verwiesen, in der Okkupationen immer wieder scheiterten.

a. Voraussetzung: Alle relevanten afghanischen politischen Kräfte müssen sich zusammenfinden, eine gemeinsame Friedensprogrammatik entwickeln und eine Regierung der nationalen Einheit bilden als Übergangs- bzw. Transformationsregierung. Dazu gehören die jetzige Regierung, die sich heute in Opposition befindlichen islamischen Kreise, einschließlich der Kräfte um Hekmatja (der ja auch in der Regierung ist), die Taliban und zivilgesellschaftliche Kreise aus islamisch orientierter Wissenschaft. Es handelt sich um eine „islamische Koalition“. Die sehr kleine säkulare Opposition spielt in diesen politischen Überlegungen kaum oder gar keine Rolle. Eine politische Linke ist zwar existent (zersplittert), aber noch lange kein politischer Faktor in dem Land. Die Geschichte ihres politischen Agierens im Zusammenhang mit dem Putsch 1978 und der Übernahme der Regierung ist noch lange nicht aufgearbeitet. Auch diese Regierungszeit war durch Diktatur und politischen Terror geprägt. Veränderungen – seien sie auch noch so positiv – können nicht ohne oder sogar gegen den Willen der Menschen eines Landes realisiert werden. Die säkularen Kräfte, einschließlich der Linken und andere Religionen, müssen aber anerkannte demokratische Minderheitsrechte bekommen.

Diese nationale Koalition scheint möglich, wenn sie auch kompliziert ist. Schon heute gibt es z.B. in der nationalen Front eine vielfältige und breite Zusammenarbeit. Eine Wiederholung des Krieges von 1992 scheint ausgeschlossen, 30 Jahre Krieg haben tiefe Spuren bei allen hinterlassen. Ein erneuter Bruderkrieg ist mehr Propaganda der NATO, der Warlords und einiger internationaler Nicht-Regierungsorganisationen zur Legitimierung ihres Daseins. Auch der angebliche drohende Verfall entlang ethnischer und Stammeszugehörigkeiten ist heute mehr als in den 90er Jahren ein importiertes denn ein afghanisches Problem. Ob es klug ist, die Stammeszugehörigkeit des Präsidenten und des Stellvertretenden Präsidenten in der Verfassung festzuschreiben sei dahin gestellt.

Wahlen, die halbwegs fair und frei sind, sind erst am Ende einer Transformationsperiode vorstellbar. Wahlen jetzt und unter den herrschenden Bedingungen sind erneut der Korruption und dem Krieg ausgesetzt und müssen in dem gleichen Desaster enden wie die letzten beiden.

b. Bedingung für eine solche Übereinkunft (Übergangsregierung und Transformationsprozess) ist die Anerkennung der Frauen- und Menschenrechte. Dazu sind alle beteiligten

Kräfte bereit, auch die Taliban und andere islamische Kräfte. Die Vertreter der Taliban, mit denen wir geredet haben, formulierten dieses durchaus historisch selbstkritisch und klar. Sie haben Lehren aus den letzten 12 Jahren gezogen und haben dies auch schon bewiesen. So gibt es – von ihnen bezahlt – bereits erste Mädchenschulen sowie eine Universität mit Frauen in Gebieten, in denen sie die politische Oberhoheit haben. Auch hier sind, bei allen Widersprüchen, deutliche positive Bewegungen erkennbar.

c. Ein Regierungsprogramm einer „nationalen Einheitsregierung“ hat einen unverzichtbaren Punkt, den alle uns gegenüber betont haben: Bildung für Mädchen und Jungen, auch an den Universitäten. Die Analphabetenrate liegt nach wie vor bei 80%. Ansonsten kann es nur ein Programm sein, scheinbar unlösbares lösbar zu machen. Das Programm beinhaltet den Einstieg in eine nationale (kleinteilige) Ökonomie und ökologische Maßnahmen und Sicherungen der Ernährungssouveränität durch die (Wieder-)Belebung der Landwirtschaft. Bildung und Ausbildung für alle ist vielleicht die Herausforderung. Salopp formuliert: Nichtwissen ist der Feind aller Entwicklung.

Ein Versöhnungsprozess gehört unabdingbar dazu. Dieser wird langfristig und kompliziert sein: Opfer und Täter sind oft schwer zu trennen, die Guten bzw. die Bösen existieren als Gegensatz kaum.

Voraussetzung und Bedingung sine qua non ist der vollständige Abzug aller ausländischen Truppen, um einen Weg hin zum Frieden zu öffnen. Alle Oppositionskräfte, mit denen wir sprachen, wollen und fordern diesen Abzug. Selbst die Karsai Regierung beginnt zu begreifen, dass ein Friedensprozess ohne Abzug nicht denkbar ist. In einer „Fatwa“ wurde dieses Ziel nach einer intensiven Diskussion festgeschrieben und veröffentlicht. Die NATO und deren Regierungen sind auch nach 2014 das Haupthindernis für Frieden, denn nicht der vollständige Abzug sondern die Reduzierung der Truppen steht auf ihrer Tagesordnung.

Es gibt nur eine afghanische Lösung ohne Interventions-truppen oder eine Fortsetzung des Krieges. Die überwältigende Stimmung der Menschen, ihre Gefühle (sofern erkennbar) und die gesellschaftlichen Debatten und Positionen stehen hinter dieser Forderung. Es ist wahrscheinlich nicht übertrieben zu sagen: Dies ist common sense. Die Menschen sind der Fremdbestimmung überdrüssig. Ein fremdbestimmtes System, das ihnen von außen (ungefragt) aufgezwungen wird und keine Rücksicht auf ihre Traditionen und Erfahrungen nimmt, stößt auf eine breite Ablehnung. (Berechtigtes) Misstrauen über nicht erfüllte Vereinbarungen und gebrochene Versprechen (blühende Landschaften von Kanzler Kohl ist dagegen nur ein kleiner Patzer gewesen) prägen die Grundüberzeugung, es gibt nur eine afghanische Lösung durch die Afghanen/innen selbst.

Sorgen, die zugespitzt immer wieder in dem Satz ausgedrückt werden: „Dann droht der Bürgerkrieg“, sind wohl eher die Argumente der NATO, der Warlords (kann irgendjemand glauben, dass diese Milliardenäre mit den Konten in Dubai/Katar wieder in die Berge ziehen, um zu kämpfen?) und auch einiger internationaler Nichtregierungsorganisationen, die von der jetzigen Situation profitieren, als die Ängste der Bevölkerung. Diese hat Angst vor dem täglich erlebten Krieg und sehnt sich nach einer Alternative zur Fremdbestimmtheit.

Die reale Gefahr ist eine andere: Wenn es nicht zum Abzug kommt, gibt es höchstwahrscheinlich einen Aufstand der Bevölkerung gegen die Besatzer – blutig, chaotisch und grausam. Wir haben unterschiedliche Meinungen darüber gehört, wie nahe wir dieser Situation stehen. Zugespitzt: Die Existenz der NATO-Truppen treibt dieses Land in fortgesetzte und zugespitzte kriegerische Ausei-

inandersetzungen. Immer wieder haben wir den Satz gehört: die NATO stärkt die Kriegsverbrecher.

Der Weg zum Frieden kann in jedem Fall nur mit dem Abzug der Interventionstruppen eröffnet werden. Übergangsszenarien mit der Stationierung mehr unabhängiger, aus islamischen Ländern kommenden, Blauhelmen (nach Chapter 6) sind in der Diskussion und können den Friedensprozess – auch psychologisch – positiv beeinflussen.

Der Friedensprozess muss in eine regionale Lösung eingebettet werden. Zu viele unterschiedliche, auch gegensätzliche Interessen der verschiedenen Nachbarn sollten in einem Prozess, vergleichbar des KSZE-Prozesses in den 70er Jahren in Europa, integriert werden. Ausgleich und Kooperation sollten die Diskussionen bestimmen – ein ebenfalls sicher nicht einfacher, aber unverzichtbarer Prozess. Hier könnte die UN eine positive, gestaltende Rolle spielen.

Der Einstieg in den Friedensprozess könnte (ja eigentlich muss nach 30 Jahren Krieg) ein Waffenstillstand sein!

Ein Problem des zukünftigen Friedensprozesses (das wir sehen) ist, dass die, die für die Situation der letzten 20 Jahre mitverantwortlich sind, auch die sein sollen, die Afghanistan zum Frieden führen. Ein Generationswechsel zu der Jugend, die ansonsten das Land so bestimmen, und zu den Frauen, die die Lasten des Krieges am meisten tragen, ist leider nicht erkennbar, aber notwendig. Dies wird durch die traditionelle gesellschaftliche Stellung der Alten erschwert. Ein „afghanischer Frühling“ scheint leider noch fern. Es gibt eine afghanische (wir meinen nicht, die der internationalen NGOs) Zivilgesellschaft in vielen Bereichen (Bildung, Wissenschaft, Medizin, Frauen, auch ein wenig Frieden) und diese ist auch teilweise koordiniert und vernetzt. Die Federation of Afghanistan Civil Society spielt dabei eine wichtige Rolle.

Ein Tag nachdem wir zurückgekehrt waren, gab es keine 500 m von unserem Quartier entfernt, einen militärischen Angriff und eine Bombenattacke mit wieder mehr als 10 Toten. Was zeigt deutlicher als dieser Anschlag, dass wir alles für den Frieden tun müssen.

Die Kontroverse um die Zukunft Afghanistans hat auch die NATO und die westlichen Regierungen erreicht. Die Lage wird unterschiedlich beurteilt. Der Widerstand gegen die Drohnenpolitik „target killing“ wächst nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch in der Politik. Es ist mehr als zweifelhaft, ob Frankreich, Kanada und die Niederlande sich weiterhin mit Truppen beteiligen werden. Die Kontroversen sind so tief, dass der für Mitte Juno geplante NATO-Gipfel auf unbestimmte Zeiten verschoben werden musste. Die Karsai Regierung versucht durch die Intensivierung ihrer Zusammenarbeit u.a. mit Indien, ihren Spielraum zu erweitern und Eigenständigkeit zu dokumentieren. Deutschland ist Vorreiter der Fortsetzung der Besatzung. Der Erklärung de Maizaires mit 600-800 Truppen im Land zu bleiben, ist bisher kein anderes Land gefolgt. Die USA verhandeln über 9-12 Stützpunkte mit der Karsai-Regierung. Richtig bleibt die grundlegende Aussage unserer Protestaktionen von Petersburg 2: Sie reden vom Frieden und sie führen Krieg!

Die Unterstützung einer friedlichen Entwicklung aus dem Ausland, die dann vielleicht auch wirklich Aufbau genannt werden kann, sollte dezentralisiert und projektorientierter fortgesetzt werden. Es gibt viele Beispiele realer und positiver Hilfe. Trotzdem bleibt die Frage: Wo sind die Milliarden, ja hunderte Milliarden, die „zivil“ nach Afghanistan geflossen sind, geblieben? Ein Teil der Antwort ist leider auch, dass sie die Warlords gestärkt, die Korruption und Drogenökonomie gefördert, die Preise auf dem Wohnungsmarkt verdorben und das gigantische Verwaltungs- und Kontrollsystem internationaler Nichtregierungsorganisationen gefüttert haben. Es müssen die Grundsätze gelten: Die Afghanen formulieren, was sie benötigen und es geht um Hilfe zur Selbsthilfe und nicht um Wirtschaftsför-

derung für den Norden. Gerade bei Geldern für Afghanistan ist weniger (für ein Projekt) oft mehr.

Unsere Aufgabe bleibt, die weitere intensive öffentliche Delegitimierung der Intervention der Bundeswehr in Afghanistan und ihr Handeln als gegen den Frieden und das Völkerrecht gerichtete militärische Aggression kenntlich zu machen.

„Bring the troops home“ ist der Ruf der internationalen Friedensbewegungen. Er muss nicht nur bei uns lauter werden.

Reiner Braun und Kristine Karch Berlin, den 26.05.2013

## Der Anachronismus (noch) ungleicher Gerechtigkeit von Hagen Weiler

### A Gegenstand und Kategorien

Als den Anachronismus (noch) ungleicher Gerechtigkeit kritisiere ich den Widerspruch zwischen gleichen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten (in allen rechtsstaatlichen Demokratien) und noch ungleichen wirtschafts-bürgerlichen Rechten und Pflichten. Dagegen definiere ich die Gleichheit staats- und wirtschafts-bürgerlicher Rechte und Pflichten als gerecht: Alle arbeitsfähigen Menschen sollen mit-beraten und mit-entscheiden können über die Planung und Organisation, Produktion und Distribution der Mittel und Hilfen zum gemeinsamen Leben, die allen in gleicher Weise zu Gute kommen. Diese Rechte können sowohl arbeitsteilig als auch funktionendifferenziert vertretungsweise ausgeübt werden (wie in den parlamentarisch-repräsentativen Demokratien).

Diese Gleichheit der Rechte und Pflichten schließt grund-, mittel- und folgerichtig alle rechtlichen politischen und ökonomischen Privilegien, d.h. Bevorzugungen und Benachteiligungen für Individuen oder Gruppen von Anfang bis Ende aus.

### B Perspektive und Adressaten

Die Gerechtigkeit gleicher Rechte und Pflichten dient nicht als Selbstzweck sondern dem Gemeinwohl, d.h. den jeweils wissenschaftlich technisch möglichen bzw. demokratisch vereinbarten Quantitäten und Qualitäten allgemeiner Bedingungen und Mittel zum Leben – jenseits von (ungleichem) Luxus, Not und Leiden.

Unter dieser Perspektive sind vorerst drei Überlebensgefahren zu überwinden, deren Risiken sich gegenseitig vervielfachen:

1. Hochrüstungen und Einsatz von Massenvernichtungswaffen, Bürger- und Stellvertreter-Kriege;
2. Klimawandel, Überlastungen von Luft, Wasser und Erde, Erschöpfung natürlicher Energie- und Rohstoffvorräte;
3. Überschuldungen aller staatlichen Haushalte und öffentlichen Sozialsysteme.

So wie diese Überlebensgefahren aus den bisherigen Staats- bzw. Privat- und Finanz-Kapitalismen resultieren, sind innerhalb ihrer Strukturen und Mechanismen keine effektiven (Reform?)-Potentiale zu erkennen, welche diese Destruktionen stoppen, erst recht fundamental überwinden. Erst wenn die wissenschaftlich-technischen Experten, welche die tatsächlich systemtragenden Entscheidungen vorbereiten und durchführen, keinen Anschluss mehr suchen an den opportunen „mainstream“ ideeller und materieller Korruptionen, d.h. alle Privilegien für sich und ihre Interessenten boykottieren, können sie allgemein friedliche, gute und gerechte Überlebensperspektiven eröffnen.

### C Hypothesen und Leitfragen

#### I Das Vorbild gleicher staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten

Der (Verfassungs-) Grundsatz „gleicher staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten“ bestimmt alle modernen parlamentarisch-demokratischen Rechtsstaaten. Unter diesem Anspruch normiert auch unser Grundgesetz:

- „*Jeder* hat das Recht auf die *freie* Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.“ (Art. 2, I)

- „*Alle* Menschen sind vor dem Gesetz *gleich*.“ (Art. 3, I)

- „*Jeder* Deutsche hat in jedem Lande die *gleichen* staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.“ (Art. 33, I)

- „*Jeder* Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung *gleichen* Zugang zu *jedem* öffentlichen Amte.“ (Art. 33, II)

- „Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, *freier*, *gleicher* und geheimer Wahl gewählt.“ (Art. 38, I)

- „In den Ländern, Kreisen und Gemeinden muss das Volk eine Vertretung haben, die aus allgemeinen, unmittelbaren, *freien*, *gleichen* und geheimen Wahlen hervorgegangen ist.“ (Art. 28, I, 2) (Hervorhebungen nicht im Original)

Danach gelten diese *egalitären* Schutz-, Leistungs- und Teilnahmerechte aller Bürger gegenüber Regierungen und Parlamenten, Verwaltungen und Gerichten. Grundrechtslogisch und verfassungssystematisch ist damit das Rechtsverhältnis zwischen allgemeinen Freiheits- und Gleichheitsrechten gelöst: Beide stehen in keinem (angeblichen) „Spannungs“-Verhältnis zueinander; erst recht kann die „Freiheit“ nicht der „Gleichheit“ übergeordnet werden, als wäre sie ein privilegienhaftes „*Vorrecht*“, sondern Freiheit und Gleichheit entsprechen einander, setzen sich gegenseitig voraus: Widerspruchsfrei kann es nur *gleiche* Freiheiten geben! Diese *Gleichheit* staatsbürgerlicher Rechte (und Pflichten) entspricht der notwendigen *Allgemeinheit* aller Gesetze und (Rechts-)Verordnungen bzw. der (rechtlich) vergleichbaren Verallgemeinerungsfähigkeit aller Verwaltungsakte und Gerichtsentscheidungen. Diese in sich widerspruchsfreie Struktur entspricht den (nach Art. 79, III) jeder Änderung entzogenen „Verfassungsgrundsätzen“ des *gleich-rangigen* „*demokratischen* und *sozialen* Bundesstaates“ (Art. 20, I; 28, I) sowie der „unverletzlichen und unveräußerlichen *Menschenrechte* als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft des *Friedens* und der *Gerechtigkeit* in der Welt“ (Art. 1, II) sowie der „*natürlichen Lebensgrundlagen*“ (Art. 20a) (Hervorhebungen nicht im Original).

Diesen *allgemeinen* Aufgaben bzw. *gleichen* Rechten und Pflichten aller Bürger dienen die *staatlichen* Politik- und Rechtsordnungen. Sie unterscheiden sich von den *privaten* Angelegenheiten einzelner (Wirtschafts-)Bürger. Solange deren Vereinbarungen und Verträge nicht zu Lasten Dritter gehen bzw. die *allgemeinen* Rechts- und Verkehrsregelungen nicht verletzen sowie keine höherran-

gigen Interessen des Gemeinwohls berühren, bedürfen sie keiner politischen Entscheidungen und rechtlichen Kontrollen.

## II Anfang und Ende von Adam Smith „Reichtum der Nationen“ (1776)

Historisch eröffnete die Emanzipation der Wirtschaftsbürger in der Neuzeit bisher unvergleichliche Produktivitätssprünge. Kaufleute und Unternehmer sorgten nicht nur für ihre eigenen Vorteile, sondern bewirkten revolutionäre Entdeckungen und Erfindungen. In ihren Fabriken entstanden Massenproduktionen, die einen zunehmenden Massenkonsum auch für ihre Arbeiter ermöglichten.

Die dynamischen Fortschritte spiegelten auch die bürgerlichen Wirtschaftstheorien des 18. und 19. Jahrhunderts. Allerdings verwandelten sie sich (trotz grundlegender, historisch-materialistischer Kritiken) zu Legitimations-Ideologien: Statt die (unvermeidbaren) Konjunktur- und Strukturkrisen der Kapital-Akkumulation zu analysieren, abstrahierten sie von den Ambivalenzen in und zwischen den Produktionspotentialen und -verhältnissen. Je weiter diese expandierten, desto blinder standen selbst die Akteure den anarchischen Marktprozessen gegenüber.

Wie hätten sie erklären, geschweige denn rechtfertigen können die strukturellen, wachsenden Widersprüche zwischen den

- industriellen Überfluss- und Verschleiß-Produktionen und den Mängeln an allgemein überlebensnotwendigen Gütern und sozialen Dienstleistungen;
- wissenschaftlich-technischen Rationalitäten der Produktionsmittel und den Anachronismen ihrer Produktionsverhältnisse;
- vergleichbaren Massen-Arbeitsleistungen und den ungleichen Verwertungen und Aneignungen;
- den gleichen Rechten und Pflichten aller Staatsbürger gegenüber den ungleichen Positionen, Befugnissen, Mitteln und Interessen der Wirtschaftsbürger?

Zwar erschien die („klassische“) Lehre des Adam Smith vom „Reichtum der Nationen“ (1776) „geleitet von einer unsichtbaren Hand“ (nach den relativ unproduktiven antiken Sklaven- bzw., mittelalterlichen Feudalwirtschaften sowie gegenüber dem Staats-Merkantilismus) seinen Zeitgenossen plausibel: Solange jeder „nur seinen eigenen Vorteil ... im Auge hat, ... sein Kapital ... so zu leiten, dass sein Produkt den größten Wert erhält, ... lediglich seinen eigenen Gewinn beabsichtigt, ... muss er einen Zweck befördern, den er sich in keiner Weise vorausgesetzt hatte, ... zieht er diejenige Kapitalnutzung vor, welche zugleich für die Nation die vorteilhafteste ist.“ (Hervorhebungen nicht im Original)

Zu erinnern sind danach unsere Zeitgenossen an die beiden anderen Bedingungen in Smith` Lehre (vgl. insbesondere 4. Buch, 9. Kap.):

- Smith nimmt den Staat in die Pflicht, „jeden Bürger gegen Unrecht und Unterdrückung durch genaue Rechtspflege zu schützen“ bzw.
- „vollkommene Gerechtigkeit, vollkommene Freiheit und vollkommene Gleichheit herzustellen (als) das so einfache Geheimnis, welches alle drei Klassen“ (= „Kaufleute/Gewerbetreibende“, „Grundeigentümer/Landwirte“, „Handwerker/Fabrikarbeiter“) die höchste Stufe des Wohlstandes aufs Beste sichert.“ (Hervorhebungen nicht im Original)

Wie können dagegen unsere Zeitgenossen Adam Smith für ihren „Neo-Liberalismus“ in Anspruch nehmen?

Zum einen bindet Smith den „größten Wert“ ökonomischer Produkte an den effektiven Rechts- und Sozialstaat, „der jeden Bürger gegen Unrecht und Unterdrückung zu schützen“ bzw. „vollkommene Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit“ zum Zwecke „des höchsten ... Wohlstandes ...

zu sichern“ hat. Entspricht diese Forderung nicht (aktuell operationalisiert) der Gleichheit staats- und wirtschaftsbürgerlicher Rechte und Pflichten aller Bürger zu ihrem gemeinsamen Wohl? Zum anderen sind die „neoliberalen“ Apologeten vor allem auf die inzwischen völlig veränderten Produktionskräfte und -verhältnisse aufmerksam zu machen:

Vor mehr als zwei Jahrhunderten durfte Smith noch von der (im Vergleich zu heute geringen) Reichweite der damaligen Produktivkräfte ausgehen; deren Produktivitätssteigerungen konnten tatsächlich dem langsam steigenden Wohlstand zugutekommen. Allein unter dieser Perspektive sollte jeder Unternehmer für seine Produkte den „größten Wert erhalten“. Dafür sollte er in einen produktiven Wettbewerb mit seinen Konkurrenten eintreten.

Damit in diesem Wettbewerb die quantitativ und qualitativ besten Güter und Dienste zu den günstigsten Preisen angeboten und nachgefragt wurden, bedurfte es des starken Rechtsstaates, der die entsprechenden Regeln gleicher Rechte und Pflichten für alle Markt-Teilnehmer normierte, kontrollierte und exekutierte.

Leider jedoch hat Smith dazu keine Ausführungen entwickelt. Er hat sich (bei der damals geringen Reich- und Tragweite) der einzelnen Produktionsmittel, -verfahren und -verhältnisse anscheinend nicht den prinzipiellen Fragen gestellt:

- Wie kann ein System ungleicher Positionen, ungleicher Mittel und ungleicher Interessen daran gehindert werden, diese Ungleichheiten auszubauen?
- Wie könnten diese Ungleichheiten im Rahmen vorteilhafter Produktquantitäten, -qualitäten und günstiger Preise bleiben?
- Wie könnten diese Ungleichheiten nicht verschärft werden durch rücksichtslose Ausbeutungen menschlicher Arbeitskraft, irreparable Erschöpfung natürlicher Rohstoffe und Energien, manipulative Übervorteilungen der Nachfrager?
- Wie könnten destruktive Konkurrenzkämpfe gegenüber ungleichen Konkurrenten durch (Kartell-) Absprachen, Oligopole und Monopole, Abnehmer- und Vertriebsdiktate, Korruptionen auf Kosten Dritter, zu Lasten der Allgemeinheit verhindert werden?

Mit anderen Worten:

- Wie könnte ein System ungleicher Akteure ausbalanciert werden, dessen Balance doch strukturell von Anfang bis Ende angewiesen ist auf die Balance gleicher Rechte und Pflichten aller Marktteilnehmer?
- Welche andere Institution als der (parlamentarisch)-demokratische Rechts- und Sozialstaat könnte allgemein politisch verantwortlich diese Balance gleicher Rechte und Pflichten gewährleisten, die allen Staatsbürgern zustehen ohne entsprechende wirtschaftsbürgerliche Ansprüche und Verbindlichkeiten?

## III Aufgaben und Maßstäbe verhältnismäßiger Gerechtigkeit

Gerechtigkeit lässt sich nur vereinbaren. Dazu bedarf es – einverständlicher – Kategorien und Kriterien, Prinzipien und Regeln. Diese sind nicht zu erkennen ohne ihre Voraussetzungen und Bedingungen. Die Zwecke der Gerechtigkeit lassen sich weder der Natur entnehmen noch vom Himmel herunterholen. Die Natur spricht nicht, und die „Offenbarungen“ des Himmels können selbst für die, welche daran glauben (wollen), auch nur ihre eigenen Projektionen widerspiegeln.

Gerechtigkeit kann nicht „utopisch“, d.h. jenseits von Raum und Zeit herbei spekuliert werden. Ihren Rahmen bilden die Verhältnisse, zu denen sich Menschen verhalten. Diese Verhältnismäßigkeiten sind nicht zu „transzendieren“. Ihre Entwicklung hängt zuerst ab von dem jeweiligen Stand der Produktionsmittel sowie ihrer Produktions- und Distributionsverhältnisse. Geraten diese zueinander in Widersprüche, konfliktieren auch deren rechtliche, politische, ökonomische und kulturelle Ordnungen und Legitimationsmuster zur Gerechtigkeit. Aus diesen Widersprüchen folgen Krisen. Diese eröffnen neue Möglichkeiten und Notwendigkeiten, Ordnungen zu reformieren oder zu revolutionieren. Bei all diesen Reformen und Revolutionen bleibt diese durchgehende Aufgabe der Gerechtigkeit, die (sozialen) Verhaltensweisen so zu regeln, dass möglichst viele Menschen verhältnismäßige lange und gut (über)leben können. Ohne diesen Anspruch hätten Gerechtigkeits-Pflichten keine Legitimation, wenn nicht (Verteilungs-)Konflikte) so miteinander auszutragen wären, dass deren „Lösungen“ mehr Vorteile als Nachteile erbringen sollen.

Gerechtigkeit ist also kein Selbstzweck, sondern das (Verfahrens-)Mittel zur Verteilung von Rechten und Pflichten. Die Funktion der Gerechtigkeit soll die gesellschaftliche Arbeitsteilung so organisieren, dass deren Erträge möglichst vielen Menschen zugutekommen. *Somit dient die Gerechtigkeit dem Gemeinwohl.* Dessen Güte lässt sich messen an der (konsensfähigen) Verteilung ihrer Mittel und Ressourcen.

Der angebliche Vorrang der „deontologischen“ Gerechtigkeit vor ihrem Nutzen verfehlt deren Komplexität. *Erst der widerspruchsfrei allgemeine Nutzen für alle Menschen macht die Qualität der Gerechtigkeit aus;* Gerechtigkeit und Gemeinwohl entsprechen den beiden Seiten derselben Medaille. So hatte bereits die große „Französische Revolution“ von 1789 die drei Schlüsselbegriffe der politischen Gerechtigkeit verbunden: „Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit“. Gerechtigkeit hat sich historisch entwickelt aus den Erfahrungen mit der sogenannten „goldenen Regel der Gegenseitigkeit“, d.h. aus dem (äquivalenten) Austausch von Gabe und Gegen-Gabe, von Leistung und Gegen-Leistung, aber auch von Vergeltung.

Diese Gegenseitigkeit korrespondierte mit der Widerspruchsfreiheit in Rede und Gegen-Rede. Nicht nur Priester und Schriftgelehrte erkannten, dass man umso zuverlässiger auf Erklärungen und Versprechen bauen konnte, je mehr diese – regelhaft – getragen wurden „*von dem wechselseitigen, aufgeklärten und eingehaltenen guten Willen*“, nicht in Widerspruch zu geraten zu seinen eigenen Worten und Taten.

Hier liegt die erste Stufe der Gerechtigkeit in noch überschaubaren Gruppen, d.h. die Vorteilhaftigkeit jeder sogenannten Binnen-Moral. Diese finden wir nicht nur in der gattungsgeschichtlichen Kulturentwicklung, sondern auch in der individualgeschichtlichen Evolution. Die zweite Stufe der Gerechtigkeit bildet sich in dem Maße heraus, in dem Vereinbarungen die Reich- und Tragweite (allein) zweiseitiger Verträge – zugunsten unbekannter Dritter – überschreiten. Jenseits rein fallbezogener (Einzelfall)-Entscheidungen werden Satzungen und Gesetze notwendig. Deren Konsequenzen und Adressaten sind nur noch abstrakt zu bestimmen. In ihrer Allgemeinheit überwinden sie in der Neuzeit anachronistische Privilegien und Vor-Rechte aus den Sklaven- und mittelalterlichen Feudalgesellschaften.

Die rechtliche Gleichheit vor den allgemeinen Gesetzen sowie bei politischen Wahlen und Abstimmungen der Bürger schlossen (noch) Bauern und Arbeiter aus. Ungleich blieben erst recht die Pflichten derer, welche die Lebensmittel (praktisch) erarbeiteten, gegenüber den Rechten derer, die über deren Produktion und (erst recht) über die Distribution entschieden. Gegen diese Ungleichbehandlung richtet sich meine Gerechtigkeits-Theorie gleicher Rechte

und Pflichten. Warum sollten die historischen Fortschritte zu moralisch und wissenschaftlich, gesetzlich und politisch gleichen Rechten und Pflichten vor den Toren und Türen der Wirtschaft halt machen?

#### **IV Institutionen und Verfahren zum gleichen Nutzen der Gerechtigkeit**

Die Schlüsselbegriffe und Maßstäbe der *Gerechtigkeit* entsprechen denen ihres allgemeinen und gleichen *Nutzens*. Eingelöst werden sie in den Institutionen und Verfahren argumentativer, rechtlicher, politischer und vor allem ökonomischer Gleichbehandlung durch gleiche *Rechte* bzw. gleiche *Pflichten* bei der Produktion und Distribution der allgemeinen (= durchschnittlich notwendigen bzw. wissenschaftlich-technisch möglichen) Lebensmittel und sozialen Dienstleistungen.

Für den Aufwand und Ertrag haften alle (arbeitsfähigen) Menschen in gleicher Weise (zunächst durch gleiche Entlohnung).

Die Entlohnung hängt ab von der Quantität und Qualität der Güter und sozialen Dienste. Darüber entscheiden parlamentarisch verantwortliche Gesetzgeber, Regierungen und Verwaltungen sowie im Streitfall die angerufenen gesetzlichen Richter. Alle öffentlichen Ämter werden in gesetzlichen Abständen nach allgemeinen, freien, gleichen, direkten und geheimen Wahlen besetzt. Sie werden nur für eine Periode vergeben. Die Amtsinhaber bleiben jedoch für eine weitere Amtszeit als Berater für ihre Nachfolger. So sollen ihre Erfahrungen weiter genutzt werden. Mit ihrer Rückkehr in ihre früheren Berufe verstärken sie die fachlichen Qualifizierungen der Wähler. Jeder Amtsinhaber darf nur ein Amt ausüben. Kein Amtsinhaber darf Nebeneinnahmen oder andere geldwerte Zuwendungen für sich oder seine Angehörigen und Freunde entgegennehmen. Ihr Einkommen darf die allgemeinen Entlohnungen nur in der Höhe ihrer tatsächlichen Aufwandsentschädigungen übertreffen. So kann niemand aus einem öffentlichen Amt ein persönliches (Vorteils-)Geschäft machen.

Diese Gewalten- und Arbeitsteilung sowie die Bezahlung gelten in gleicher Weise für alle kulturellen und ökonomischen Leitungsfunktionen. Die Leiter werden die Konsequenzen ihrer Entscheidungen schon dadurch mittragen, dass sie nach zwei Wahlperioden in ihre vorherigen Berufe zurückkehren. Sie werden sich von vornherein ideell und materiell dafür engagieren, die allgemeine Quantität und Qualität der Leistungen zu verbessern. Dabei können sie – anders als gegenwärtig – auf die Solidarität und Kooperation ihrer Mitarbeiter und Nachfolger bauen. Zugute kommt ihnen die frei gewordene Zeit und Energie, die zuvor verbraucht wurde in Konkurrenzkämpfen um Auf- und Abstiege.

#### **V Die Anachronismen ungleicher Verdienst-, Leistungs- und Verantwortungs-Gerechtigkeit**

Die historischen Fortschritte zu gleichen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten vor den (nur so) allgemeinen Gesetzen, bei öffentlichen Wahlen und Abstimmungen werden zumindest als Programmsätze nicht mehr in Frage gestellt. Dahinter zurückgeblieben jedoch sind ihre materiell fundierenden und abschließenden wirtschafts-bürgerlichen Rechte und Pflichten. Deren Ungleichheiten werden traditionell nach „Verdiensten“, „Leistungen“ und „Verantwortungen“ in Anspruch genommen.

Dieser Anspruch abstrahiert inzwischen von seinen ursprünglichen materiellen Grundlagen, Verhältnissen und Folgen:

Im sog. Klassischen Altertum in Athen und Rom gehörte es zu den Verdiensten der freien und gleichen (Besitz- und Bildungs)-Bürger, sich (zuerst) ehrenamtlich um das Wohl ihrer Stadt politisch „verdient“ zu machen. An die Stelle dieser „Verdienste“ bildeten sich in der Neuzeit Aufstiege und Gratifikationen nach „Leistungen“ heraus.



Das sich vom Adel emanzipierende Bürgertum besetzte die neuen Leitungsfunktionen in Handel und Gewerbe, Kultur, Verwaltung und Justiz. In den modernen Industrie- und Wissensgesellschaften jedoch lassen sich individuelle (Teil)-Leistungen (wenn überhaupt) nur noch als „Störquellen“ und „menschliches Versagen“ valide und reliabel isolieren und gewichten.

Im Zuge der Automatisierungen, Computerisierungen sowie Vernetzungen industrieller Fertigungsprozesse und Team-Kooperationen kann kein Individuum mehr derart mehrdimensionale Abläufe so überschauen, erst recht deren Zusammenwirken allein koordinieren und steuern, dass es für deren Erfolge oder Miss-Erfolge eigenverantwortlich, d.h. persönlich haften könnte.

Tatsächlich „verdienen“ am wenigsten durchschnittliche „Handarbeiter“, mehr Kaufleute, die nicht nur ihre Waren bewegen (lassen) sondern vor allem (spekulative) „Finanzprodukte“, am meisten jedoch Erben großer Vermögen und Aktien-Pakete. Worin sollten deren „Leistungen“, gar „Wertschöpfungen“ bestehen?

Wie weit reicht die „Verantwortung“ dieser Nutznießer, soweit sie verdrängen oder in Kauf nehmen, dass sie (auch ihren) Kindern und Enkeln mehr Waffen und Schulden, Gifte und Drogen als Lebensmittel überantworten(lassen)?

## VI Vorbehalte gegen gleiche Rechte und Pflichten aller arbeitsfähigen Menschen in der Ökonomie

- a) Die - egalitäre - Wirtschafts-Demokratie sei nicht effizient genug.
- b) Die „Natur des Menschen“ sei nur auf ihren eigenen Vorteil angelegt.

a) Gegenwärtig ist die Hypothese von der Ineffizienz egalitärer Wirtschafts-Demokratien noch ohne hinreichende empirische Grundlagen. Die Legende, im Sozialismus sei die ökonomische Gleichbehandlung gescheitert, ist längst durch die historischen Tatsachen widerlegt.

Bereits Marx hat die primäre Notwendigkeit radikal-konsequenter, ökonomischer Gleichbehandlung aller arbeitsfähigen Menschen von Anfang an verkannt und diese verschoben auf seine Utopie: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“

Lenin hat von vornherein für seine Parteifunktionäre das Sechsfache des regulären Lohns von Industrie- und Landarbeitern vorgesehen. Stalin hat für seine „demokratisch-zentralistische“ Parteidiktatur die Privilegien der sog. Nomenklatura institutionalisiert.

Danach war das Ende - wenn auch erst nach dem relativ erfolgreichen Kriegskommunismus - programmiert: Das sowjetische System - ohne die historischen Fortschritte rechts- und sozialstaatlicher Demokratien, ohne effektiv gleiche Rechte und Pflichten aller Staats- und Wirtschaftsbürger - ließ sich von den USA so zu Tode rüsten, dass es am Ende nicht nur ökonomisch pleite war. (Wann erklären die USA ihre staatliche Insolvenz?)

Ähnlich zuverlässig lassen sich die Resultate, d.h. Ineffizienzen antiker Sklavengesellschaften sowie mittelalterlicher Feudalordnungen beurteilen. Ihr gemeinsamer Nenner, nämlich die Ausbeutung und Unterdrückung der großen Mehrheiten durch privilegierte Minderheiten, konnte (wenn überhaupt) gleiche ideelle Interessen am gemeinsamen Wohl nur durch religiöse Jenseitsversprechen manipulieren.

Wie dagegen sich Menschen unter ganz anderen Verhältnissen verhalten werden, wenn sie nur noch für das eigene wie das gleiche Wohl aller anderen verantwortlich zu sorgen haben, können wir nur ex negativo vermuten:

Beginnen wir dazu mit der Vorstellung, all die Kosten und Aufwendungen abzuziehen, die heute notwendig sind, vor allem um die ökonomischen Vorrechte von Minderheiten gegenüber Mehrheiten durchzusetzen und zu konservieren, nämlich Rüstung, Reklame und Finanz-Spekulationen sowie erhebliche Anteile der Bürokratie, Polizei und Justiz. Wie ließen sich danach die frei werdenden Mittel einsetzen, um die für alle Menschen notwendigen Lebensmittel und sozialen Dienste so zu verbessern, dass

deren gleiche Verteilung freie und gleiche Zustimmungen erwarten darf?

b) Das Vorurteil über die sog. *Natur des Menschen*, die nur auf ihren eigenen Vorteil hin angelegt sei, ist bisher (*natur-*) wissenschaftlich nicht zu belegen: Die Gene, erst recht ihre Struktur bzw. ihre verbindenden Botenstoffe, erscheinen im Verhältnis zu unseren heute verfügbaren Messinstrumenten in der Neurobiologie so komplex, dass zumindest unmittelbare Konsequenzen für soziale Teilungsprozesse nicht analysiert werden können.

(*Historisch-sozial-*) wissenschaftlich dagegen lassen sich - im Rahmen ihrer Verhältnisse - keine eindeutigen Gegensätze zwischen sog. egoistischen und altruistischen Verhaltensweisen erkennen. Überwiegend haben Menschen in allen Kulturen nach der sog. Goldenen Regel der Gegenseitigkeit ihre Lebensmittel mit ihren Verwandten, Freunden bis zu ihren Nachbarn geteilt bzw. ausgetauscht. Anders wären die Erfolge der Evolution der Menschheit als Gruppenwesen gar nicht zu erklären. Die produktive Vorteilhaftigkeit von Empathie, Fürsorge, Solidarität und Kooperation sicherte nicht nur das Überleben ihrer Kinder, sondern damit verbunden auch ihre eigene (Alters-)Versorgung sowie die Reproduktion der Gattung.

Dagegen lassen sich Rivalitäten und Konkurrenzen um zu knappe Lebensmittel als Mangel-Kompensationen erklären, solange diese Defizite nicht als allgemein und gleich überwindbar erkannt werden.

Beruhet nicht die meisten Vorbehalte - hinter den oben vorgestellten Vorurteilen - gegen die allgemeine Vorteilhaftigkeit gleicher Rechte und Pflichten aller arbeitsfähigen Menschen in der Ökonomie auf vier (aufeinander aufbauenden) tiefen- bzw. sozialpsychologischen Widerständen bzw. Rationalisierungen?

- a) Trägheiten der Wiederholungszwänge
- b) Verdrängungen unangenehmer Konsequenzen
- c) Orientierungen an Mehrheiten
- d) (Fehl-)Schlüsse von eigenen Privilegien auf allgemeine Vorteile

a) *Trägheiten der Wiederholungszwänge* lassen sich - gleichermaßen genetisch wie funktional - entschlüsseln als Abwehrmechanismen, gegen den Strich bisheriger Einstellungen umzulernen. Diese Einstellungen sind doppelt fixiert:

- Zum einen ist ihre Struktur häufig von den Eltern auf ihre Kinder so autoritär sanktionierend einsozialisiert und verinnerlicht worden, dass Abweichungen nur unter Trennungs- und Verlustängsten gewagt werden können.
- Zum anderen ist der Zweck der Entlastung durch wiederholte Vorbehalte (und Vorurteile) nicht zu verkennen: Die eingeübte Reduktion von Komplexitäten erlaubt zumindest subjektive Sicherheiten und rasche Entscheidungen nach dem Muster, so lange am (anscheinend) Bewährten festzuhalten, wie dieses sich ohne größere Risiken bewahren lässt.

b) *Verdrängungen unangenehmer Konsequenzen* erscheinen wiederum genetisch und funktional erklärbar: Wie viele Kinder werden von ihren Eltern, wenn sie etwas „falsch“ gemacht haben, konfrontiert mit der vorwurfsvollen (Pseudo-)Frage, was sie sich dabei gedacht hätten, ohne Rücksicht darauf, wie wenig ihnen absehbare Konsequenzen tatsächlich erklärt worden sind.

Unangenehm fixiert werden danach Einstellungen, sachliche Kritik als persönlichen Vorwurf misszuverstehen. Die Chancen, ohne Angst vor peinlichen Vorbehalten Alternativen modellhaft zu probieren, werden vertan. Nur unter großen Widerständen und wiederholten Rückfällen lassen sich nachträglich Korrekturen erlernen.



c) *Orientierungen an Mehrheiten* setzen die bisherigen Wiederholungszwänge und Verdrängungen fort, indem sie diese sozialpsychologisch erweitern. Ihr gemeinsamer Vorteil ist genauso wenig zu verkennen wie ihr gemeinsamer Nachteil:

Vorteilhaft ist die soziale Reduktion von Komplexitäten: Ist man nicht „auf der sicheren Seite“ bei den Mehrheiten? Erspart man sich nicht Unsicherheiten, Ängste und Risiken, die bei gravierenden Konflikten mit diesen Mehrheiten drohen (können)?

Nachteilig dagegen stellen sich in der bisherigen Wissenschaftsgeschichte die Orientierungen an dem sog. *Mainstream* der herrschenden Meinungen heraus: Wie viele Erkenntnisfortschritte sind von sog. Außenseitern und Querdenkern vorgetragen worden, die erst viel später allgemein anerkannt worden sind?

Wie oft hätte der Widerspruch der Minderheiten blinden Mehrheiten die Augen rechtzeitig öffnen können?

d) *(Fehl-)Schlüsse von eigenen Vorrechten auf allgemeine Vorteile* vollenden die bisher vorgestellten tiefen- und sozialpsychologischen Vorbehalte. Deren Kurzsichtigkeit entspricht ihre Kurzschlüssigkeit, seine eigenen (ungleichen) Vorteile zu „rationalisieren“:

*Wie könnte ein Wirtschaftssystem als solches insgesamt schlecht sein, das immerhin noch gut erscheint für seine eigenen (Vorteils-)Interessen?*

## VII Konsequenzen und Alternativen - Grenzen des Wachstums und ihrer Rationalisierungen

Gegenüber diesem egozentrisch leitenden (Erkenntnis-) Interesse kommt es gar nicht erst zu der notwendigen Kontrollfrage: Welche sog. „unsichtbare Hand“ (= jenseits von Raum und Zeit, Logik und Kausalität?) könnte eine Wirtschaft(sordnung?) lenken, die bereits gelenkt wird von der grenzenlosen Gier, mehr zu bekommen als alle anderen, „koste es, was es wolle“ – und sei es die materiellen und ideellen Überlebensgrundlagen der Menschheit insgesamt? Wem diese globale Perspektive zu einseitig bzw. zu fatalistisch vorkommt, möge die aktuellen Zeichen in diese Richtung nicht mehr übersehen:

- Die Grenzen des Wachstums sind bereits absehbar: Die Energie- und Rohstoffvorräte werden voraussichtlich noch in diesen Jahrhundert erschöpft sein.
- Die Grenzen militärischer Sicherheiten werden ebenfalls in diesem Jahrhundert überschritten werden, wenn sich die immer weiterreichenden Massenvernichtungswaffen endgültig nicht mehr beherrschen lassen.
- Die Grenzen der Überschuldungen der staatlichen Haushalte und Sozialversicherungen sind überschritten, wenn die Steuermittel absolut nicht mehr ausreichen können, um den Kollaps von Banken und Versicherungen zu verhindern.
- Die Grenzen der Massenarbeitslosigkeit sind berührt, wenn mehr als die Hälfte (heute insgesamt bereits ein

Drittel) aller arbeitsfähigen Menschen keine Aussichten mehr haben auf reguläre Erwerbstätigkeiten.

- Die Grenzen der Massenarmut sind überholt, wenn (Multi)Millionäre nicht einmal die Zinsen ihrer Kapitalanlagen konsumieren können, während Milliarden von Eltern ihre Kinder nicht mehr satt bekommen.

Damit hat sich der Kreis der Argumentation geschlossen:

Die historischen Fortschritte demokratischer Rechts- und Sozialstaaten lassen sich nicht mehr verkennen. Ihre rechtlichen, politischen und administrativen Gleichbehandlungen haben ihnen unvergleichliche Sicherheiten eröffnet.

Dagegen fehlt es immer noch an ökonomisch gleichen Rechten und Pflichten aller arbeitsfähigen Menschen. Deren (ungleiche) Privilegien konnten nur so lange insgesamt vorteilhaft behauptet werden, wie äquivalente Verdienste, Leistungen und Verantwortungen im Sinne des Gemeinwohls legitimiert und allgemein akzeptiert wurden, nämlich in den antiken Sklavengesellschaften, den mittelalterlichen Feudalordnungen sowie in den frühkapitalistischen Wirtschaftssystemen.

In den industriellen Wissensgesellschaften jedoch sind keine (exklusiven) ungleichen Verdienste, Leistungen und Verantwortungen mehr einzulösen. Dies gilt inzwischen tendenziell auch für Teams und Gruppen, ja sogar für ganze Schichten und Klassen. Deren Privilegien lassen sich nicht mehr fundieren auf den quantitativen und qualitativen Sprüngen moderner Wissenschaften und Techniken. Die früheren Argumente werden so zu Ausreden, wie ihre Einwände gegen inzwischen mögliche, gar notwendige Alternativen zu Vorwänden mutieren.

Analysiert man deren Genesis und Funktionalitäten, so stößt man auf

- Traditions-Trägheiten und Denkbequemlichkeiten: „Das Leben war schon immer so; das haben wir noch nie so gemacht“,
- Verdrängungen und Abwehrmechanismen: „Es ist am Ende immer noch gut ausgegangen; man hat immer wieder Auswege gefunden“,
- Das sog. „Lemminge-Syndrom“: Was alle tun, kann doch nicht falsch sein“,
- Vorteilsnahmen: „ Was mir und meinen Leuten nützt, kann doch eigentlich den anderen auch nicht schaden“.

*Scheiden sich an diesem Punkt endgültig die Geister?*

Belege und Begründungen in:

Hagen Weiler:

Die Gerechtigkeit gleicher Rechte und Pflichten  
Berlin Lit. Verl. 2008

Kritiken bitte an:

Hagen Weiler, Dr. iur., Dr. rer.pol.  
David-Hilbert-Str. 17  
37085 Göttingen  
Tel. 0551/209 99 75

## Nachhaltigkeit – Modewort oder Überlebenskonzept? Eine Spurensuche im Wald von Christian Ammer

Als der sächsische Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz im Jahre 1713 in Leipzig ein Buch mit dem Titel *Sylvicultura Oeconomica* vorlegte, konnte er nicht ahnen, dass er mit dem Satz „... wie eine sothane Conservation und Anbau des Holtzes anzustellen, daß es eine continuir-

liche beständige und *nachhaltende* Nutzung gebe, weil es eine unentbehrliche Sache ist ohne welche das Land in seinem Esse nicht bleiben mag ...“ einem Konzept einen Namen gab, dass heute als alternativlos für die Zukunft

der Menschheit auf der Erde gehalten wird (Grober 2012): der Nachhaltigkeit.

Diesen Begriff hört und liest man inzwischen so häufig und in so vielen Zusammenhängen, dass es lohnend erscheint, den Kontext, in dem er entstanden ist, zu beleuchten. Interessant ist es darüber hinaus, sich zu vergegenwärtigen, dass sich die Bedeutung des Begriffs Nachhaltigkeit parallel zu den sich verändernden gesellschaftlichen Ansprüchen stetig erweitert hat. Konsequenz zu Ende gedacht, wird Nachhaltigkeit heute nicht mehr nur als sozioökonomisches Programm der Ressourcenschonung, sondern auch als Programm für eine ethisch-kulturelle Neuorientierung verstanden (Hamberger und Vogt 2011).

Zu v. Carlowitz' Zeit war Holz eine für Industrie, Gewerbe, Transport und Energieproduktion unverzichtbare, in einigen Fällen sogar die einzige wirtschaftliche Grundlage. Ernüchternd war daher die an der Schwelle vom 17. zum 18. Jahrhundert wachsende Erkenntnis, dass das Nachwachsen des Holzes mit dem Verbrauch nicht mithalten konnte und zu katastrophalen Folgen wie Entwaldung und Degradierung führte. Daraus entstand die von v. Carlowitz nur eingeforderte, von den ersten Forstwissenschaftlern dann aber tatsächlich entwickelte Idee eines Planungssystems, mit dem sichergestellt werden konnte, dass mindestens ebenso viel Holz nachwuchs wie eingeschlagen wurde. Diese Grundidee, die insbesondere von dem von Goethe sehr geschätzten Waldbauprofessor Heinrich Cotta inspiriert wurde, gilt für die mitteleuropäische Forstwirtschaft bis heute. Tatsächlich liegt die aus den Wäldern Deutschlands entnommene Holzmenge seit einigen Jahrzehnten sogar unter dem auf den Waldflächen geleisteten Zuwachs.

Die Chance, erste Konzepte einer nachhaltigen Ressourcennutzung zu entwickeln, verdankte die frühe Forstwissenschaft zwei Faktoren. Zum Einen erfordert die Langlebigkeit der Bäume ein Denken in Jahrzehnten bis Jahrhunderten. So umfasst die Zeit, die zwischen der Verjüngung, also der Etablierung eines neuen Baumbestandes und seiner Ernte vergeht, je nach Baumart, zwischen 80 und 250 Jahren. Dies bedeutet, dass frühestens die übernächste Förstergeneration die Früchte derjenigen erntet, die viele Jahrzehnte vorher den Waldbestand begründet und seine Entwicklung gesteuert haben. Produktionszeiten von vielen Jahrzehnten zwingen dazu, ein System zu entwickeln, das dauerhaft betrieben werden kann. Allerdings kam diese Erkenntnis zu v. Carlowitz' Zeiten zu spät um die bereits offenkundig gewordene Holznot bewältigen zu können. So hätte die Übernutzung angesichts der Langfristigkeit der forstlichen Produktion nur durch einschneidende Einsparungen ausgeglichen werden können. Entlastung schaffte hier vielmehr, und dies ist der zweite Punkt, der den frühen Forstleuten Gelegenheit gab, die degradierten Wälder Mitteleuropas zu sanieren und den Waldanteil an der Gesamtfläche von damals rund 5 % auf heute 33 % zu erhöhen, die Nutzung fossiler Energieressourcen. Vor allem die Kohle und später das Erdöl nahmen Druck von den Wäldern. Die dadurch bedingte Erhöhung des Kohlendioxidgehalts mit den heute durch den Klimawandel so sichtbaren Folgen schaffte allerdings neue Probleme einer ganz anderen Dimension.

Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit entwickelte die Forstwissenschaft im 19. und im 20. Jahrhundert also Verfahren, die sicherstellten, dass eine Nutzung der Wälder zwar möglich war, die Holzvorräte aber eher zu- als abnahmen. Diese Instrumente waren schon deshalb notwendig, um gelegentlich auftretende ungeplante und großflächige Holzentnahmen auszugleichen. So führten beispielsweise die sogenannten Reparationshiebe nach den beiden Weltkriegen, oder Verluste durch biotische (z. B. Schadinsekten) oder abiotische (z. B. Stürme) Einflüsse, zu Holzverlusten, die die nachhaltig möglichen Entnahmen überstiegen.

Zu Beginn der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts wurde immer deutlicher, dass eine Erweiterung des bis dato gültigen, sich im Wesentlichen auf das Holz beschränkenden forstlichen Nachhaltigkeitsbegriffs dringend erforderlich war. So verlangte die Gesellschaft neben der Aufrechterhaltung der Holzproduktion vom Wald zunehmend auch die Erfüllung von Schutz- und Erholungswirkungen, inklusive der Sicherung von Lebensräumen für seltene Tier- und Pflanzenarten. Da es sich bei diesen Ansprüchen, insbesondere in einem dichtbesiedelten Land wie Deutschland, in vielen Fällen um konkurrierende Interessen handelte (und handelt), war die Forstwirtschaft gezwungen, ein umfassenderes Nachhaltigkeitskonzept zu entwickeln, das die Sicherung von monetär nicht unmittelbar bewertbaren Leistungen des Waldes als der Holzproduktion gleichrangige Ziele definierte. Als Folge davon wurden (und werden) Systeme entwickelt, die einen Teil dieser Leistungen gleichzeitig bereitstellen und sich zugleich bemühen, den menschlichen Einfluss auch in genutzten Wäldern so gering wie möglich zu halten. So verzichtet der sogenannte „naturnahe Waldbau“ weitestgehend auf den Einsatz von chemischen Präparaten und Düngern sowie die Bearbeitung der Waldböden und versucht zum Beispiel durch das Belassen von Totholz im Wald den darauf angewiesenen Arten ein Überleben zu sichern. Naturgemäß kann ein derart integrativ konzipiertes Konzept nicht in allen Fällen sämtliche Bedürfnisse befriedigen. Aus diesem Grund werden seit einigen Jahren auch segregative Elemente wie Flächenstilllegungen diskutiert, um einzelnen Anforderungen, wie z. B. dem Wunsch, die natürliche Dynamik von Wäldern über Jahrhunderte studieren zu können, gerecht zu werden. Der Versuch bei der Waldbewirtschaftung nach Möglichkeit einen Ausgleich zwischen den ökonomischen Interesse (Holzproduktion), ökologischen Aspekten (Boden-, Artenschutz) und sozialen Gesichtspunkten (Trinkwasser, Erholung, Arbeitsplatz) herbeizuführen, deckt sich mit dem weltweit vor allem nach der Konferenz von Rio im Jahre 1992 propagierten Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit. Danach stellen Ökologie, Ökonomie und Soziales gleichermaßen die von umfassenden Nachhaltigkeitskonzepten zu berücksichtigen Bereiche dar.

Inzwischen zeichnet sich jedoch ab, dass auch diese Erweiterung des Nachhaltigkeitsgedankens weder für die Befriedigung der an Wälder gestellten Ansprüche noch für das dauerhafte Überleben der Menschheit ausreicht. So ist Nachhaltigkeit systembedingt nicht nur auf die Gegenwart, sondern explizit auf die Zukunft ausgerichtet, ein Aspekt, der bislang zu wenig Beachtung gefunden hat. Es müssen nicht nur die Bedürfnisse der heute lebenden Menschen, sondern auch die künftiger Generationen dauerhaft erfüllt werden. Dieser Gedanke stellt beispielsweise die Forstwirtschaft vor große Probleme, denn wie sollen angesichts der Langlebigkeit von Bäumen und der Langfristigkeit der forstlichen Produktion, Wälder aussehen, die heute begründet werden, aber die Bedürfnisse künftiger Generationen zu erfüllen haben? Zusätzliche Unsicherheit verursacht in diesem Zusammenhang der Klimawandel. Während bisher von einigermaßen konstanten Umweltbedingungen ausgegangen werden konnte, ist das Schicksal von heute an Standort und Klima angepassten Baumarten im Jahr 2100, dem Zeitraum, auf den sich die derzeitigen Klimaszenarien beziehen, keineswegs sicher. Demnach ist ein Aufbau von Wäldern notwendig, die ausreichend elastisch sind, sich sowohl an sich ändernde Klimabedingungen anzupassen, als auch in Struktur und Zusammensetzung so vielfältig sind, dass sie zur Erfüllung unterschiedlicher künftiger Bedürfnisse weiterentwickelt werden können. Dies kann allerdings jedoch nur gelingen, wenn zu Gunsten künftiger Generationen bereits heute aktiver Verzicht geleistet und Entwicklungspotentiale zugelassen werden. Dies bedeutet zum Beispiel, dass auf kurzfristig ertragreiche aber risikobelastete Optionen der Waldzu-

sammensetzung und -behandlung zugunsten weniger profitabler aber stabilerer Systeme verzichtet wird. Die Schlussfolgerungen für andere Gesellschaftsbereiche liegt auf der Hand: eine umfassende, d. h. generationenübergreifende Nachhaltigkeit kollidiert mit dem in vielen Wirtschaftsbereichen noch immer gültigen Paradigma des stetigen Wachstums. Dies kann es, wie die Biologie lehrt, angesichts begrenzter Ressourcen auf Dauer nicht geben!

Definiert man Nachhaltigkeit als ein Konzept, das die Nutzung von Ressourcen (z. B. begrenzt verfügbare Rohstoffe oder Böden) so regelt, dass a) diese auch künftigen Generationen in gleicher Menge oder Produktivität zur Verfügung stehen und b) dabei in der Summe aller Nutzungen keine andere als die von der Sonne, in welcher Form auch immer (d. h. zum Beispiel direkt über die Biomasse oder indirekt über den Wasserkreislauf, etc.), aktuell zur Verfügung gestellte Energie in Anspruch nimmt, so ergeben sich daraus vier Konsequenzen. Zum einen wird deutlich, dass mit nachhaltiger Bewirtschaftung nicht nur gemeint sein kann, die menschliche Nutzung einer bestimmten Fläche dauerhaft zu sichern, sondern, dass diese Nutzung den oben genannten Ansprüchen genügen muss. Zum Zweiten ergibt sich daraus, dass die derzeit mehr oder weniger unabhängig voneinander agierenden Landnutzungstypen, d. h. die agrarische, die forstliche sowie die urbane und industrielle Nutzung, aufeinander Bezug nehmen und ihre Leistungen und Wirkungen zu einer Gesamtbilanz zusammengeführt werden müssen. Dies bedeutet, dass nicht jeder Sektor im Sinne der oben genannten Definition nachhaltig sein muss, aber in der Summe den Nachhaltigkeitskriterien genügt. Nachhaltige Nutzung im wörtlichen Sinn wird damit drittens zu einem Gegenentwurf zum Konzept einer stetig möglichen Produktionssteigerung. Folgt man dem oben definierten Nachhaltigkeitsbegriff, ergibt sich viertens das Erfordernis zu drastischen Änderungen hinsichtlich der für eine nachhaltige Produktion essentiellen Kriterien Effizienz (Produktivität je Einheit eingesetzter Ressource), Konsistenz (Entwicklung naturverträglicherer Technologien), Permanenz (Erhöhung der Produktdauer) und Suffizienz (ge-

ringerer Verbrauch von Ressourcen). Vor allem letztere wird in einer Übergangsphase von der derzeit nicht nachhaltigen Ressourcennutzung bis zu einem Gleichgewicht von nachhaltig produzierten Gütern und bereitgestellten Dienstleistungen, und deren Verbrauch bzw. Inanspruchnahme, eine besondere Rolle spielen müssen. In der Konsequenz bedeutet dies Veränderungen des Verbrauchers in Konsumverhalten und Mobilität. Da die erforderlichen Verhaltensänderungen einschneidend sein werden, müssen sie von einer forcierten Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und Beispielen begleitet werden, die zeigen, dass eine nachhaltige Nutzung begrenzter Ressourcen tatsächlich machbar ist. Die verantwortungsvolle Bewirtschaftung von Wäldern kann hierzu sicherlich einen Beitrag leisten. Es steht allerdings zu befürchten, dass positive Beispiele und das bessere Wissen alleine nicht ausreichen werden, die besagten Änderungen hervorzurufen. Es scheint, als könne nur die stete Wiederkehr (ausreichend großer, aber gerade noch beherrschbarer) Katastrophen zu den tatsächlich notwendigen Anpassungen führen (Randers 2012). Wie v. Carlowitz vor 300 Jahren werden wir gezwungen sein die Katastrophe als Chance für einen Neuanfang nutzen.

*Christian Ammer*

*Abt. Waldbau und Waldökologie der gemäßigten Zonen  
Georg-August-Universität Göttingen*

#### Literatur

- Grober, U. (2012): Nachhaltigkeit – aber was ist das? Eine Zeitreise zu den Quellen unseres Leitbegriffs. *Einsichten und Perspektiven* 3/12: 148-163.
- Hamberger, J. und Vogt, M. (2011): Nachhaltigkeit braucht MUTation: In: Eberhard von Kuenheim Stiftung der BMW AG (Hrsg.): Verantwortung übernehmen – nachhaltig wirtschaften. Edition UNIVERSITAS. S. 19-25
- Randers, J. (2012): 2052. Der neue Bericht an den Club of Rome. Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre. Oekom Verlag München. 430 S.

Uwe Schneidewind,  
Mandy Singer-Brodowski  
**Transformative Wissenschaft**  
Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und  
Hochschulsystem



419 Seiten · € 24,90 (inklusive MwSt. und Versand)  
ISBN 978-3-7316-1003-8 (März 2013)

Allein auf technologische Innovationen und lineares Wachstum zu setzen, reicht nicht länger, um die fundamentalen Umbrüche dieser Zeit zu bewältigen. Ein neues Fortschrittsverständnis gewinnt an Kontur, in dem soziale, institutionelle und systemische Innovationen von zentraler Bedeutung sind. Damit stellen sich auch neue Anforderungen an die Wissenschaft.

Wird das deutsche Wissenschaftssystem diesen neuen Herausforderungen gerecht? Zunehmend mehren sich die Zweifel daran. Das Buch analysiert die deutsche Wissenschaftslandschaft und zeigt bestehende Defizite in Forschung und Lehre auf.

Es entwickelt die Perspektive einer "transformativen Wissenschaft", die den Weg in ein zukunftsfähiges Wissenschaftssystem weist. Vorangetrieben wird sie derzeit von der organisierten Zivilgesellschaft, in Pionier-Hochschulen und -Instituten, von Vorreiter-Landesregierungen und von Stiftungen und studentischen Initiativen.

Zu diesem Buch wird auch ein Blog betrieben, den Sie unter [nachhaltigewissenschaft.blog.de](http://nachhaltigewissenschaft.blog.de) finden.

Werner Mittelstaedt

## SMALL

*Warum weniger besser ist  
und was wir dazu wissen sollten*

Der Zukunftsforscher Werner Mittelstaedt stellt in seinem Buch „SMALL“ die wichtigsten Megatrends der kommenden Jahrzehnte vor und entwirft Zukunftsbilder für die Gestaltung einer lokal und global nachhaltigen Entwicklung.

Zum Inhalt des Buches:

Für sein Buch „SMALL – Warum weniger besser ist und was wir dazu wissen sollten“ hat Werner Mittelstaedt aktuelle Daten ausgewertet und mit den Methoden der Zukunftsforschung sechs Megatrends identifiziert, die dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung zuwider laufen:

Megatrend 1 – Starkes Bevölkerungswachstum und der damit einhergehende Naturverbrauch

Megatrend 2 – Globaler Klimawandel

Megatrend 3 – Ungebremster Verbrauch an erneuerbaren und nicht erneuerbaren Ressourcen

Megatrend 4 – Bodendegradation und Flächenverbrauch

Megatrend 5 – Abnahme der Biodiversität und die Überlastung der Biokapazität der Erde

Megatrend 6 – Wachsende Kluft zwischen Arm und Reich

Dem Autor geht es aber nicht um reine „Schwarzmalerei“, vielmehr zeigt Mittelstaedt zugleich Chancen auf, wie die Weltgesellschaft zukunftsfähiger gestaltet werden kann. Mit der von ihm entwickelten Zukunftsformel „SMALL to small“ beschreibt er umfassend und prägnant jene Wertorientierungen, Ideen, Lösungen und Optionen, die eine nachhaltige Entwicklung einleiten können. Die Formel enthält zudem viele Handlungsmöglichkeiten, die sich jeder

Einzelne mit persönlichem Gewinn zu Gunsten einer gelingenden Zukunft zu Eigen machen kann. Im Buch wird eingehend dargelegt, welche Kulturleistungen zu erbringen sind, um dem seit vielen Jahren praktizierten „Handeln wider besseres Wissen“ Einhalt zu gebieten.

Rezension aus:

[www.nachhaltigkeit.at/article/articleview/91995/1/25585](http://www.nachhaltigkeit.at/article/articleview/91995/1/25585)



Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien, 2012. 266 S., 6 farb. Abb., 3 s/w Abb. ISBN 978-3-631-61953-7 geb. (Hardcover) € 29.80 -ISBN 978-3-653-01839-4 (eBook) € 33.32

## Zukunftslandkarten als Navigationsinstrument von Thomas Strobel

Als womöglich erster Industriezweig hat die Textilbranche einen moderierten Blick in die Zukunft geworfen. Im Ergebnis der einjährigen Zeitreise, zunächst in das Jahr 2050 und von dort zurück auf 2025, liegen jetzt über 250 Ideen und Lösungsvorschläge „in Textil“ auf dem Tisch. Zudem konnte der Forschungsbedarf in Richtung der zehn wichtigsten Bedarfssegmente von Architektur über Bekleidung, Energie und Gesundheit bis Mobilität und Wohnen präzisiert werden.

Mit der Methodik der Zukunftslandkarte, die mehr als bloße Trendsammlung ist, wurde eine bis in das nächste Jahrzehnt reichende Wissensbasis geschaffen. Sie ermöglicht es Unternehmen, selbstständig oder mit Expertenbegleitung firmenspezifische Strategien für die Umsetzung in Innovationen und in neue Geschäftsmodelle abzuleiten. Vom Herangehen und den Ergebnissen der „Perspektiven 2025“ könnten auch andere Herstellerbranchen und Unternehmen profitieren, denn: Schneller Wissenszuwachs, beschleunigte Entwicklungen bei Technologien und Innovationen sowie individuellere Kundenanforderungen steigern die Komplexität, die Unternehmen bewältigen müssen. Reagieren auf Veränderungen reicht jedoch oft nicht mehr aus, „vorausschauendes Fahren“ wird deshalb zur Notwendigkeit für dauerhafte Unternehmenserfolge und zufriedene Mitarbeiter.

### Vernetzte Trends wahrnehmen

Oft werden Zweifel geäußert, ob es sinnvoll sei, sich „mit einer Zukunft zu beschäftigen, die dann doch ganz anders kommt“. Wie sich die Zukunft im Detail zu bestimmten

Zeitpunkten entwickeln wird, lässt sich kaum treffsicher vorhersehen. Dennoch sind bestimmte Entwicklungen innerhalb einer abschätzbaren Bandbreite so vorgezeichnet, dass daraus Grundlagen für wahrscheinliche Szenarien gewonnen werden können.

Beispiele dafür sind die verbrauchsabhängige Reichweite von Rohstoffen, die zeitliche Verfügbarkeit von Technologien oder der zu erwartende, regionale Bedarf an Energie und Nahrungsmitteln. Bei Technologien geben Roadmaps Hinweise darauf, wie sich die Leistungsfähigkeit von Solarzellen oder die Bandbreiten für Übertragungsraten im Bereich der Telekommunikation in Zukunft entwickeln werden. Bewährte Quellen für die Trendsammlung als Grundlage für jede Zukunftslandkarte sind kreativ gestaltete Internet-Recherchen, Fachliteratur in Form von Büchern und Magazinen sowie interdisziplinäre Expertengespräche. Zusätzlich ist es wertvoll, verfügbare Zukunftsstudien, die zum Projektkontext passen, auszuwerten.

### Retropolation als Methode

Ziel der Arbeit mit Zukunftsszenarien ist es jedoch nicht, ein Bild zu beschreiben, das später genauso eintrifft. Zukunftslandkarten in Form von Mind Maps verknüpfen vielmehr bekannte und vorstellbare Trends zu einer gesamtheitlichen Sicht einer möglichen Zukunft. Dabei wird nachvollziehbar, welche Trends sich gegenseitig verstärken, welche sich hemmen oder sogar ausschließen. So kommt man schließlich zu völlig neuen Geschäftsideen, einer Vorstellung über Bedürf-

nisse der Kunden von morgen und neue attraktive Zukunftsmärkte.

Wie also nähert man sich dem Blick in die Zukunft bis 2025? Zunächst werden längerfristige Trends mit Blick auf Kunden, Wettbewerb, Wirtschaft, Technologie, Umwelt, Politik und Gesellschaft identifiziert und in ihrer Wirkung zu einem Bild einer denkbaren Zukunft zum Beispiel im Jahr 2050 verknüpft. Mit dokumentierten Prämissen wird eine Zurückschau z. B. auf das Jahr 2025 und von dort auf die Gegenwart möglich – methodisch betrachtet ist dies eine Retropolation und damit eine virtuelle Zeitreise aus der fernen Zukunft zurück ins Heute.

Auf diese Weise erhalten wir zwangsläufig einen anderen Eindruck der nahen Zukunft, als bei einer reinen Extrapolation, die vor allem Vergangenheitserfahrungen fort-schreibt.

Extrapolation als Sichtweise bewährt sich bei relativ kontinuierlichen Entwicklungen, so dem Bevölkerungswachstum. Schon beim Telefon funktioniert das Ganze nicht mehr. Warum? Weil 80 Jahre zwischen dem hölzernen Wandtelefon und dem schwarzen Bakelit-Telefon aus Wirtschaftswunderzeiten liegen. Von dort sind es aber nur gut 40 Jahre bis zum Smart Phone, das vielfältigste Funktionen bietet – auch telefonieren. Mit bloßer Extrapolation, also erfahrungsbasiertem Wissen, ist so ein technischer Quantensprung nicht erkennbar, mit Retropolation dagegen wird er denkbar.

### Frühzeitige Einsicht in Veränderungen

Durch die intensive Diskussion von Zukunftsbildern und der Retropolationsmethodik, die zugleich auch kreative Denkfreiheit für Milliarden Gehirnzellen bedeutet, entwickeln die Beteiligten ein erfahrungsbasiertes „Bauchgefühl für morgen“, das dauerhaft ihren Umgang mit Zukunftsfragen und die Vorbereitung von Entscheidungen verändert. Der besondere Nutzen der Zukunftslandkarte besteht darin, dass die mit der Erstellung verbundene Zeitreise in unserem Gehirn eine Lernerfahrung hinterlässt, die uns bei zukünftigen Entscheidungen als Wissensvorsprung zur Verfügung steht.

Aus einem solchen Zukunftsbild auf die Gegenwart zurückzublicken, gibt frühzeitig Einsicht in bevorstehende

Veränderungen im Unternehmensumfeld. Wer sich schneller bewegt und weiter vorausschaut als der Markt im Augenblick, kann rechtzeitig Anpassungen vornehmen und frühzeitig Weichen stellen. Vor diesem Hintergrund ergibt sich ein neues Zukunftsverständnis für Geschäfts- und Wissensstrategien sowie neue Ideen für Geschäftsmodelle, Innovationen und Patente. Wer dann für ausgewählte Szenarien Maßnahmen vordenkt, muss seltener auf unerwartete Veränderungen reagieren.

### Teamarbeit ist Erfolgsfaktor

Mindestens so wichtig wie das Ergebnis der Zukunftslandkarte ist der intensive Gedankenaustausch der am Entstehungsprozess Beteiligten. Die Summe der Kompetenzen und Blickwinkel der Mitarbeitenden fließt über die gemeinsame Diskussion in die Vernetzung und Bewertung der Trends ein. Die Wahrnehmungsfelder der Einzelpersonen werden so nicht zu Hindernissen bei der Erststellung eines Zukunftsbildes, sondern die Gruppendynamik sorgt für aktive Wissensflüsse, die das Herstellen bisher unbekannter Zusammenhänge ermöglichen. Außerdem wird durch die Zeitreise eine gemeinsame Sichtweise erarbeitet, die auch zukünftige Gespräche und Entscheidungs-vorbereitungen deutlich effizienter und fundierter gestaltet.

Zukunftslandkarten als Entscheidungshilfe schützen uns davor, die Gegenwart nahtlos in die Zukunft fortzuschreiben. Die Gefahr wichtige Weichenstellungen für die Unternehmensentwicklung zu verpassen, nimmt dadurch ab. Und: Wer sich frühzeitig auf eine Zukunft vorbereitet, die kommen kann, ist auch besser für die gerüstet, die morgen Wirklichkeit wird. Zum Zeitpunkt von Entscheidungen können die Beteiligten schon auf „vorgedachtes Erfahrungswissen“ zurückgreifen und so umsichtiger handeln.

### Über den Autor:

Zukunftsforscher Thomas Strobel ist Geschäftsführer der FENWIS GmbH in Gauting ([www.fenwis.de](http://www.fenwis.de)).  
E-Mail: [thomas.strobel@fenwis.de](mailto:thomas.strobel@fenwis.de)

## Impressum

**BLICKPUNKT ZUKUNFT®**  
**ISSN: 0720-6194**

**Herausgeber:** Werner Mittelstaedt und die  
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.)

**Redaktionsanschrift:** Ecksteins Hof 50,  
D-45721 Haltern am See

**E-Mail:** [Werner.Mittelstaedt-GZS@t-online.de](mailto:Werner.Mittelstaedt-GZS@t-online.de)

**Website:** [WWW.BLICKPUNKT-ZUKUNFT.COM](http://WWW.BLICKPUNKT-ZUKUNFT.COM)

**Redaktion:** Werner Mittelstaedt (v.i.S.d.P.),  
Mechthild Mittelstaedt, Reiner Braun (v.i.S.d.P. für  
die VDW-Informationen), Julia Pippig, Karin Schmidt

**Herstellung und Gestaltung:**  
Werner Mittelstaedt

**Verteilung:** Vereinigung Deutscher Wissenschaftler  
(VDW e.V.), Marienstraße 19-20, D-10117 Berlin

**Druck:** Kamphoven, Essen

Diese Zeitschrift ist aus 100% chlorfrei gebleichtem Papier hergestellt worden, das bei der Herstellung die ISO-Norm 14001 erfüllt.

**Copyright:** Alle Rechte beim Herausgeber  
Werner Mittelstaedt. Für die VDW-Informationen bei der  
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.).

**Erscheinungsweise:** 2 Ausgaben pro Jahr

**Nachdruckerlaubnis:** Nachdruck, auch auszugsweise, von  
nicht ausdrücklich mit Nachdruckerlaubnis ausgewiesenen  
Artikeln nur mit schriftlicher Zustimmung der Herausgeber.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt  
die Meinung der Redaktion oder die der Herausgeber wie-  
der.

Artikel für BLICKPUNKT ZUKUNFT können nur berücksichtigt  
werden, wenn sie mit einem Textverarbeitungssystem  
(WORD, WORKS, Word Perfect, Text) erfasst wurden und  
via CD-Rom oder E-Mail zur Redaktion versendet wurden.

BLICKPUNKT ZUKUNFT wird kostenlos an die Mitglieder der  
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.) und an  
interessierte Personen und Institutionen verteilt.

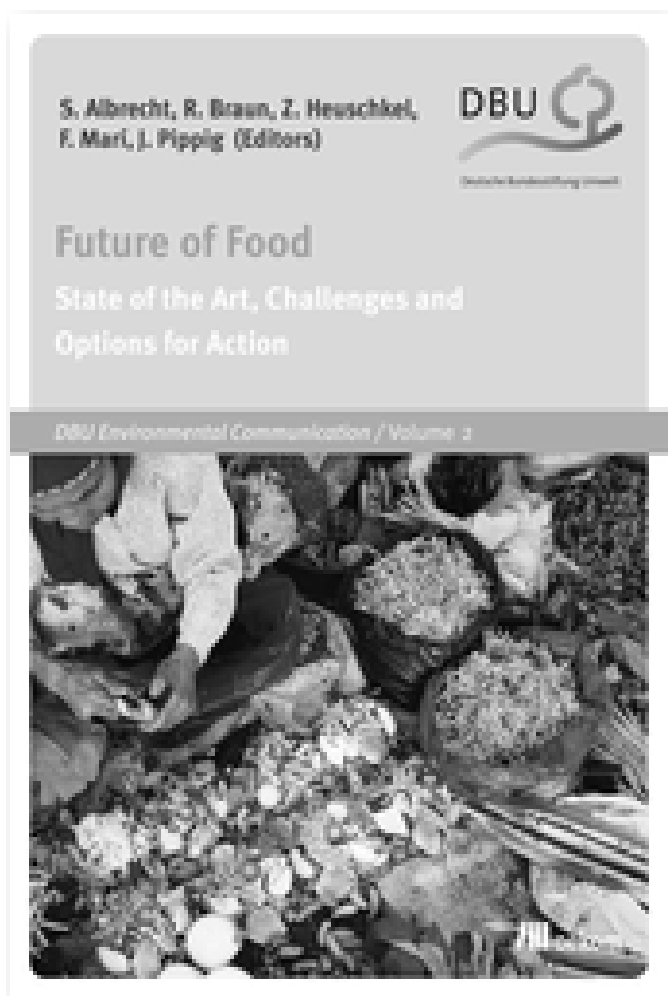
**Spenden:** Sparda-Bank West eG, Bankleitzahl 36060591,  
Kontonummer: 385620 – Stichwort: BLICKPUNKT ZUKUNFT

Stephan Albrecht, Reiner Braun,  
Zoe Heuschkel, Francesco Mari,  
Julia Pippig (Hrsg.)

## Future of Food

*State of the Art, Challenges and Options for Action*

Sustainable agricultural, forest, fishing and food systems are essential for food security and sovereignty and can enforce the human right to food. This is the common conviction of the authors of the book »Future of Food«: Experienced and young scientists from Asia, the Americas, Africa and Europe share the belief that family farms, vivid regional and local markets, appropriate technology and renewable energies are the future of farming and food systems. »Future for Food« demonstrates that agricultural and food systems (again) need to be recognized as fundamental parts of all societies. To that end, it is – as the book argues – high time to end sectoral thinking and policy-making regarding agriculture. Sustainable development, as characterized by the Brundtland report in 1987 and resolved by the UN Conference on Environment and Development 1992 in Rio de Janeiro, must build on the great transition of agricultural and food systems toward sustainability.



266 Seiten, oekom verlag München, 2013  
ISBN-13: 978-3-86581-419-7, € 39.95

## Globaler Erdüberlastungstag

**[Berlin, 19. August 2013] – Zum globalen Erdüberlastungstag (Earth Overshoot Day) am Dienstag, den 20. August 2013 prangerten Aktivistinnen von INKOTA, der BUNDjugend und FairBindung den übermäßigen Ressourcenverbrauch Deutschlands an und forderten ein Umdenken hin zu einer ressourcen- und klimaschonenden Wirtschaftsweise. Denn genau ab dem 20. August Tag befanden wir uns im ökologischen Defizit: Die Ressourcen, zu deren Erneuerung die Erde ein ganzes Jahr braucht, waren erschöpft.**

„Im Prinzip leben wir ab heute auf Pump, weil die nachwachsenden Ressourcen der Erde nicht mehr zu Verfügung stehen“, erklärt INKOTA-Referentin Christine Pohl. Mit einem überdimensionierten YouTube-Bildschirm verdeutlichen die Aktivistinnen diese Situation. Der Bildschirm zeigt zunächst die Erde, eine Stimme aus dem Off preist ihre unendliche Weite und ihren Ressourcenreichtum an. Plötzlich ändert sich das Bild. Die Erde verschwindet, das YouTube-Entschuldigungsbild erscheint zusammen mit dem Satz: Die Erde ist ab heute leider nicht mehr verfügbar, weil die erneuerbaren Ressourcen für dieses Jahr aufgebraucht sind. „Deshalb müssten wir eigentlich ökologische Insolvenz anmelden und uns Ressourcen leihen. Aber woher sollen die kommen?“, so Pohl weiter.

Am Erdüberlastungstag sind die gesamten natürlichen und erneuerbaren Ressourcen wie Wasser, Brennmaterial, Bauholz und Getreide für das jeweilige Jahr aufgebraucht. Ab diesem Tag leben wir nur noch von den endlichen globalen Ressourcenvorräten. Die Folgen des übermäßigen Ressourcenverbrauchs sind schrumpfende Wälder, Biodiversitätsverlust, überfischte Meere, Lebensmittelkrisen, Landübernutzung und die Überlastung der Erde mit Abfällen und Emissionen. Da Treibhausgase schneller emittiert werden, als sie von Wäldern und Ozeanen absorbiert werden können, ist der Klimawandel eine der spürbarsten Auswirkungen der ökologischen Überlastung.

„Wir haben nur eine Erde und wir betreiben Raubbau an den Ressourcen unserer Kinder und zukünftiger Generationen“, sagt Robert Fisher von der BUNDjugend Berlin. „Endloses Wachstum kann nicht funktionieren, wir brauchen eine Wende hin zu nachhaltigem Konsum und Wirtschaften“, so Fisher weiter. „Eine ökologische Wirtschaftsweise ist machbar und gewünscht, deshalb arbeiten deutschlandweit bereits immer mehr lokale Projekte und Initiativen im Kleinen daran. Die Politik muss dem Rechnung tragen und die richtigen Rahmenbedingungen setzen“, ergänzt Christiane Wegener von FairBindung.

Das Global Footprint Network berechnet jedes Jahr den Ökologischen Fußabdruck der Menschheit, das heißt den Bedarf an Acker- und Weideland, Wäldern und Fisch sowie den Platzbedarf für Infrastruktur. Dieser wird der weltweiten biologischen Kapazität gegenübergestellt, also dem Vermögen der Ökosysteme, Ressourcen aufzubauen und Müll aufzunehmen. Nach diesen Berechnungen bräuchten wir mittlerweile rund 1,5 Erden, um unsere Bedürfnisse zu erfüllen. Würden alle so leben wie die Deutschen, bräuchten wir 2,6 Planeten. Um den gesamten Ressourcenverbrauch Deutschlands zu decken, verbrauchen wir fast zweieinhalb Mal die Fläche von Deutschland im Jahr.

INKOTA-netzwerk  
Chrysanthemenstr. 1-3  
10407 Berlin  
Tel. +49-30-4208202-59  
Fax +49-30-4208202-10

[www.inkota.de/presse](http://www.inkota.de/presse) [www.facebook.com/inkota](https://www.facebook.com/inkota)

## VDW – auf dem Weg in das Jahr 2014

### Interview mit dem Vorsitzenden der VDW Ulrich Bartosch

BZ: Das Jahr 2013 ist fast vorbei. Mit Blick auf das Jahr 2014 – wo sehen Sie die großen Herausforderungen für die VDW als Organisation im nächsten Jahr und auch für die folgenden Jahre?

B: Die VDW hat allen Grund, die Erinnerung an den Ausbruch des I. Weltkrieges zur aktiven Reflexion der Verquickung von Wissenschaft und Krieg zu nutzen und zu bereichern. Einige der Mitbegründer unserer Vereinigung waren im „Großen Krieg“, der später als Eröffnung einer fürchterlichen Zählung der „Erste“ genannt wurde, beteiligt. Z.B. nutzte Otto Hahn seine wissenschaftliche Expertise in der Optimierung des Einsatzes von Chemiewaffen. Überhaupt steht der Krieg unserer Groß- und Urgroßväter für eine Zeitenwende hinsichtlich der Verantwortung der Wissenschaftler und auch hinsichtlich der Wirkung wissenschaftlich-technischer Entwicklungen. Neben dem grausamen Sterben auf den Schlachtfeldern, wurde die Vernichtung von Zivilbevölkerung zum ‚normalen‘ Bestandteil von Kriegführung. Die Basis dafür waren Erfolge von Wissenschaftlern und Ingenieuren.

BZ: Wie will die VDW sich in die Diskussion einbringen?

B: Es gibt aktuelle Bezüge, die wir aufgreifen. Wir haben begonnen einen Gesprächskreis zu Friedenthemen neu zu beleben. Es fand eine Diskussion zur Entwicklung und zum Einsatz von unbemannten Flugkörpern statt. Drohnen sind geeignet – in Verbindung mit weltweiter elektronischer Kommunikation - Kriegführung ähnlich tiefgreifend zu verändern, wie die Einführung der Luftwaffe im Ersten Weltkrieg. Im kontroversen Gespräch wurde deutlich, dass Drohnen die bemannte Luftwaffe weitgehend ablösen werden. Dies hat weitreichende Folgen für die Entscheidung von Kampfeinsätzen. Entscheidung, Umsetzung und Ausführung werden buchstäblich über den Globus verteilt. Solche Themen werden wir fortgesetzt aufgreifen. Das Format eines Gesprächs mit 20-35 Personen in der Geschäftsstelle – mit Beteiligung von Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Militär – hat sich bisher bestens bewährt. Unsere lokale Verortung in Berlin – in der Nähe zum Bundestag – erweist sich als ausgezeichnete Standort.

BZ: Gibt es denn schon konkretere Planungen für das Jahr 2014?

B: Herfried Münkler wird am 22. Mai sein neues großes Werk über den 1. Weltkrieg auf einer Veranstaltung der VDW vorstellen und mit uns diskutieren. Durch Kolleginnen/Kollegen, u.a. auch Ernst Ulrich von Weizsäcker, sind wir beim Kongress der Uni Potsdam zu ‚Wissenschaft zwischen Krieg und Frieden‘ präsent. Wir werden uns mit dem Kulturmanifest der deutschen Intelligenz vom Oktober 1914 auseinandersetzen. Ein markantes Dokument auch für die deutsche Wissenschaftsgeschichte. Es wird ein Treffen der europäischen Pugwash-Gruppen bei uns geben. Dabei wollen wir auch die Fragen von Cyber-Security besonders beleuchten. Hier sehe ich auch einen sinnvollen Anschluss an unsere Berliner Erklärung zu den Bedingungen der Demokratie in der Digital-Welt.

BZ: Die Berliner Erklärung empfiehlt als ein Ziel die Einrichtung einer Enquête-Kommission. Was kann die VDW tun, um zu einer solchen Enquête-Kommission zu kommen – inhaltlich und strukturell?

B: Diese Fragen werden mit höchster Geschwindigkeit in der aktuellen Politik verhandelt. Ich sehe, dass unsere grundsätzlichen Forderungen inzwischen umfangreich mit dem öffentlichen Diskurs harmonisieren. Die VDW möchte sehr schnell ein Diskussionsforum etablieren, in dem verschiedene Fragestellungen, die in einer Enquête-Kommission verhandelt werden sollten, auf den Tisch gebracht und diskutiert werden, unter Beteiligung von Politik, Gesellschaft, Wissenschaft. Die VDW ist dazu in besonderer

Weise geeignet und will sich da jetzt sehr schnell präsent zeigen. Darüber hinaus ist es notwendig, dass wir die Mitglieder des neuen Bundestages über unseren Positionen informieren und mit vielen in einen konstruktiven Dialog treten. Die Herausforderung für unsere Demokratie, die mit dem technologischen Wandel verbunden ist, wird noch immer unterschätzt und nicht erkannt.

BZ: Die VDW ist ja auch international tätig; sie ist die deutsche Pugwash-Sektion. Wie ist der Stand der Arbeit bei Pugwash und was sehen sie als die wesentlichen Tätigkeiten von Pugwash für die nächste Zeit an?

B: Für die internationale Pugwash-Tätigkeit kann ich nicht sprechen. Die Konferenz in Istanbul vom 1.- 5. November, an der unser Pugwash-Beauftragter Götz Neuneck und ich teilgenommen haben, hat gezeigt, dass Pugwash in vielen Konflikten auf dem Globus vermittelnd tätig ist. Insbesondere die Lage im Mittleren Osten bildet einen Schwerpunkt der Aufmerksamkeit. Dabei ist die Sorge um die nukleare Sicherheit und das Bemühen um weltweite nukleare Abrüstung naturgemäß im Zentrum. Was ich, u.a. bei dem Pugwash Europatreffen in Den Haag gemeinsam mit Lothar Brock und Götz Neuneck im September erlebt habe, ist eine sehr intensive Auseinandersetzung der Pugwash-Gruppen im europäischen Feld. Sie etablieren sich als eigener Diskurskreis. Das wird sicher auch für Pugwash International ein interessanter Impuls sein können. Die Themen in Europa liegen – das wurde mir auch noch einmal deutlich - unterschiedlich zu vielen anderen Regionen in der Welt. Da muss die europäische Perspektive, auch unsere deutsche, sich in gewisser Bescheidenheit üben, aber andererseits auch ihre Verantwortung wahrnehmen können. Wir haben auf der europäischen Ebene die Fragen der Internetsicherheit eingebracht und dies auch als Sicherheitsproblem formuliert. Als Auswirkung unserer Initiative wurde Götz Neuneck zu einem Plenarvortrag in die Istanbul-Konferenz eingebunden.

BZ: Wie geht es nach der Whistleblower-Preisverleihung mit der Berliner Erklärung weiter, vor allen Dingen auch mit der begonnenen Unterschriftensammlung?

B: Zunächst muss man festhalten, dass die Preisverleihung ein großer Erfolg war. Das Medienecho war sehr hoch und der Preisträger besonders auf die Unterstützung angewiesen, wie sich herausstellte. Es ist der Jury – allen voran Annegret Falter und Dieter Deiseroth mit Unterstützung von Peter Becker und Hartmut Graßl – mit außergewöhnlichem Kraftaufwand eine beste Auswahl gelungen. Die Kooperationspartner IALANA und TRANSPARENCY hatten wesentlichen Anteil am Erfolg. Zwischenzeitlich haben die Urkunde und ein erster Teil des Preisgeldes Edward Snowden in Moskau erreicht. Neben dem begründeten Jubel gilt es aber auch zu bilanzieren, dass unsere Geschäftsstelle weit über ihre Kapazitätsgrenzen gegangen ist. Eine AG befasst sich nun mit der Auswertung und künftigen Planung.

Die Erklärung wird von uns jetzt auf verschiedenen Kommunikationswegen gesteuert, und es wird eingeladen, diese Erklärung als eine Erklärung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern allgemein zu unterstützen. Sie stellt, das wissen wir - und sie erhebt auch nicht den Anspruch, das zu tun – keine einzigartige Position dar, weil wir ja bereits eine Unterschriftenaktion in Deutschland hatten, die auch schon der Kanzlerin überreicht worden ist. Aber der besondere Stellenwert ist aus unserer Sicht ist, dass es sich hier um eine Position von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern handelt, die, was auch die Namensliste der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner zeigt, quer durch die Disziplinen gehend aus ihrer Perspektive diese besondere Problematik unterstreichen. In-



sofern ergänzen sich die vorhandenen Initiativen und unsere auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Wir möchten bis ins erste Drittel des nächsten Jahres einen entsprechenden Abschluss der Unterschriftenaktion haben und diese den einschlägigen Gremien des Bundestages vorlegen.

BZ: Ich würde gerne zu einem anderen Komplex kommen, und zwar der Organisation der VDW selbst. Meine erste Frage geht dahin: Schafft die VDW den Generationswechsel?

B: Das ist eine Kernfrage für viele Organisationen und selbstverständlich auch eine, die wir im Vorstand und in vielen Einzelgesprächen behandeln. Wir sind dabei, uns in der Mitgliederstruktur zu verjüngen (und auch mehr junge Frauen als Mitglieder zu gewinnen). Wir sind dabei, andere Formen der Beteiligung an VDW-Aktionen zu ermöglichen. Ich denke da z.B. an die offensive Beteiligung von Studierenden und Schülern an VDW-Tagungen, was z.B. an der Universität Göttingen auch zur Übernahme und Weiterführung dieses Konzepts durch die Hochschule selbst geführt hat. Ich denke dabei an unser Projekt einer erstmaligen Kooperationsschule, dem Theodor-Heuss-Gymnasium in Hagen. Und natürlich wird auch die Themensetzung mit dem Cyber- und Internetbereich eine Möglichkeit bieten, sowohl von der Kommunikationsform als auch von der Thematik her, in besonderer Weise auch jüngere Leute anzusprechen.

Eine aktive Rolle spielt bei der Weiterentwicklung auch der Beirat, der mit strategischen Überlegungen für weitere Tätigkeiten der VDW interessante Zeichen setzt. Von hier kommt der Vorschlag für eine Initiative zur Intensivierung (oder auch erst realen Beginn) einer wirklichen sozial-ökologischen Energiewende. Übrigens auch ein gutes Beispiel für die enge Kooperation von Vorstand und Beirat, die besonders dem Beiratsvorsitzenden Hartmut Graßl am Herzen liegt und von ihm getragen wird.

Zur Weiterentwicklung der Organisation gehört natürlich auch die Diskussion um die Studiengruppen. Ich würde mich freuen, wenn alle eingetragenen Studiengruppen mit der Intensität der Studiengruppe Wissenschaftspolitik arbeiten würde – und selbst diese kann sicher noch weiter entwickelt werden.

BZ: Gibt es auch neue Überlegungen zur Öffentlichkeitsarbeit?

B: Die Öffentlichkeitsarbeit ist unser Dauerthema und eine ewige Baustelle – wie könnte es anders sein: Wir sind kein üppig ausgestatteter Verband, der seine Kommunikation ständig mit den neuesten Möglichkeiten und mit der größtmöglichen Vielfalt streuen kann. Wir überlegen in dieser Richtung auf jeden Fall, unsere elektronische Kommunikation, unseren elektronischen Output zu verbessern, weil dies definitiv eine der zentralen Kommunikationsformen geworden ist. Unsere Mitgliederstruktur, wie wir gerade besprochen haben, hat naturgemäß noch nicht den entsprechenden Zugzwang gezeigt, den wir vielleicht hätten brauchen können. Das wird eine Ebene sein, auf der wir uns deutlich verbessern können. Ein anderes Thema ist, dass wir auch die Präsenz in Berlin – da sind wir auch gut dabei – im politischen und persönlichen Diskurs verbessern.

BZ: Wo ist die VDW für diese Ziele derzeit besonders aktiv?

B: Da haben wir einerseits mit unserer Diskussionsplattform in der Geschäftsstelle wirklich gute Erfolge erzielt und mit dem Projekt „Forschungswende“ hat sich die VDW auch hörbar in Gremien und in vielen politischen Ebenen zu Wort gemeldet. Das Projekt ist übrigens ein gutes Beispiel unserer vielfältigen Kooperationen mit der Zivilgesellschaft, der Politik aber auch mit der am Nachhaltigkeitsdiskurs interessierten Wissenschaft. Die Federführung der VDW im Projekt und die aktive Rolle der Projektleiterin Steffi Ober zeigt auch die Ausstrahlung der VDW im Dis-

kurs um die „Große Transformation“. Neben der übergeordneten Organisationsleistung und Betreuung in diesem Prozess, beteiligt sich die VDW auch mit einer eigenen Positionsbestimmung, deren Entwürfe durch Stephan Albrecht und Beatrix Tappeser gerade im Vorstand diskutiert werden.

Besonders erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang die Kongress-Serie mit der Universität Göttingen. Diese renommierte deutsche Universität veranstaltet schon zum zweiten Mal eine Tagung mit der VDW zum Thema Nachhaltigkeit, jeweils mit einem eigenen Schwerpunkt nachhaltige Wissenschaft und Forschung. Wieder ist es gelungen, auch Studierende für eine aktive und eigenständige Vorbereitung des Projektes zu gewinnen. Erstmals werden Sie an der Universität dazu aktiv einbezogen. In beiden Projekten, Forschungswende und durch Kooperationen mit Hochschulen (auch die Fachhochschule Kiel ist hier zu nennen) sehe ich noch große Potentiale zur Verbesserung unserer Sichtbarkeit und wirksamen Vertretung unserer Themen.

BZ: Bleibt natürlich die Frage, wie es mit den Finanzen aussieht. Vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen geht es finanziell nicht besonders gut.

B: Die VDW ist finanziell nicht auf Rosen gebettet. Das liegt daran, dass wir uns – das können wir mit Fug und Recht behaupten – grundsätzlich unabhängig von großen Spendern halten. Der Vorteil ist, dass die VDW in der Tat jeweils ihren eigenen Weg gehen und auch in der gebotenen Selbständigkeit ihre Stellungnahmen und Perspektiven verfassen kann. Gleichzeitig ist es aber auch so, dass die VDW durch eine deutliche Verstärkung ihrer Aktivitäten und der Drittmittelprojekte ihren Haushalt deutlich erweitert hat. Hier werden wir immer auf die Zuwendungen von dritter Seite angewiesen bleiben. Was uns nicht mehr zur Verfügung steht, ist jene Art von Finanzierung, wie sie in den frühen VDW-Jahren vermutlich noch möglich war. Damals flossen von dritter Seite größere Geldspenden gleichsam ohne Zweckbindung an die VDW. Diese Form der allgemeinen Unterstützung gibt es eigentlich nicht mehr.

Es bleibt damit als große Aufgabe für die gesamte VDW, und natürlich besonders für den Vorstand, die finanziellen Ressourcen auszuweiten. Wir müssen unsere Geschäftsstelle verstärken, deren geringe Kapazitäten wir derzeit überbeanspruchen.

BZ: Die letzte Frage ist auch an Sie gerichtet. Was erhoffen Sie sich persönlich von der VDW mit „Blickpunkt Zukunft“ auf das Jahr 2014?

B: Mein Wunsch wäre, dass die VDW sich als streitbare, auch innerlich kontrovers aufgestellte, aber doch verbundene Gemeinschaft in den Aufgaben für 2014 bewährt. Ich hoffe, dass unsere Bemühungen im Bereich von Friedens- und Sicherheitspolitik nach der bestens vorbereiteten Jahrestagung von 2013 eine gestärkte Fortführung erfahren. Auch unsere Aktivitäten im Bereich von Landwirtschaft und Ernährung sowie in ökologischen Fragestellungen bis hin zur Klimafrage werden aktiv vorangetrieben. Wir haben in diesen Feldern in den letzten Jahren sehr viel gezeigt und sehr viel erreicht, was bereits unter Stephan Albrecht angestoßen war. Ich hoffe auch, dass hochschulpolitische Fragen von verantwortlicher Bildung und Qualifikation weiter behandelt werden, die mir am Herzen liegen.

Insgesamt scheint mir notwendig, dass wir mit einer verstärkten Mitgliederzahl unsere Basis verbessern. Mit einem gestärkten Selbstbewusstsein und auch durch einen entsprechenden Auftritt nach außen, sollten wir Grundlagen legen, für weitere erfolgreiche Arbeit, aber nach Möglichkeit auch für verstärkte Einflussnahme.

BZ: Herzlichen Dank!